



Politische Berichte

Nummer 8 / 14. Jahrgang

8. April 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Nach gelungenem Auftakt mit vielfachen Warnstreiks wartet die IG Metall auf Signale der Arbeitgeber

Ostdeutschland: IG Metall kämpft um Tarifvertrag

In der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie sowie in der Stahlindustrie sind die geltenden Tarifverträge seitens der Kapitalisten gebrochen worden. Der Auftakt der daraufhin von der IG Metall organisierten Warnstreikbewegung gelang unerwartet gut.

Knapp hunderttausend Beschäftigte in allen ostdeutschen Tarifbezirken folgten am 1. April den Aufrufen der IG Metall und zogen vor die Werkstore. Der Schwerpunkt der Aktionen lag zunächst im Tarifgebiet Sachsen, wo sich allein 50.000 an den Aktionen beteiligten. Es waren Belegschaften geschlossen den Aufrufen gefolgt, von den zunächst dies gar nicht erwartet worden war, hieß es in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ebenso wie in Berlin-Brandenburg oder Mecklenburg.

Worum geht es der IG Metall? Der im März 1991 ausgehandelte Stufenarbeitsvertrag über die allmähliche Angleichung der Ost- an die Westtarife sieht für dieses Jahr eine Erhöhung von 70 auf 82 Prozent der Westtarife vor. Dies würde dem bereits erreichten Grad der Angleichung z.B. in der Chemieindustrie entsprechen. Allerdings waren die anfänglich vereinbarten Stufen in der Metallindustrie verhältnismäßig niedrig, so daß in diesem Jahr, neben der Erhöhung anderer tariflicher Bestandteile im Volumen um 5 Prozent (Urlaub, tarifliche Sonderzahlung usw.), die Löhne und Gehälter um 21 Prozent steigen würden. Dies entspricht dem oft zitierten Gesamtvolumen von 26 Prozent. Die Kapitalistenverbände hingegen bieten nach ihrer außerordentlichen Kündigung lediglich 9 % Gesamtvolumen an. Rechnet man dabei die sonstigen tariflichen Bestandteile heraus, bleibt eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4 %. Das ist unverfroren und provoziert den Widerstand.

Trotz des gelungenen Auftakts der Warnstreikbewegung ist die Lage der IG Metall alles andere als gut. Eine ganze Reihe von Großbetrieben mit „Westmüttern“, namentlich die Automobilkonzerne, verweigern den Tarif, bieten jedoch inzwischen den Betriebsräten und Belegschaften zwischen 18 und 26 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen in Form von außertariflichen Zulagen an. Im Ergebnis setzen die Konzerne das um, was der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, schon im November 1992 forderte: Mehr innerbetrieblichen Gestaltungsspielraum für die Betriebe im Osten. Auf diese Art

mehr „Gestaltungsspielraum“ herausgenommen haben sich inzwischen Opel in Eisenach, die VW-Werke bei Zwickau und in Chemnitz, Betriebe wie die KWO Kabel GmbH, Berlin, eine Tochter der britischen BICC Cables LTD, die mecklenburgischen Werften MTV Wismar sowie die Volkswert Stralsund, die Nutzfahrzeug GmbH in Ludwigsfelde bei Berlin und eine Reihe weiterer Unternehmen. Einzig die Großkonzerne Siemens und BMW halten sich noch zurück.

Die „freiwilligen Angebote“ haben die Bereitschaft für Warnstreikaktionen zugunsten von Tarifverträgen nicht beeinflussen können. Ob das allerdings auch für Urabstimmung und Streik gilt, ist zweifelhaft. Jedenfalls sieht sich die IG Metall gehörig unter Druck gesetzt, zumal andererseits eine größere Zahl von Betrieben, mittelständische und kleine Unternehmen, ihre wirtschaftliche Lage geltend machen und weder Zulagen noch Tarif zahlen wollen. Die Anhaltiner Stahl- und Anlagenbau hat beispielsweise mit der Belegschaftsvertretung bereits in einer Betriebsvereinbarung einen Lohnstopp bis Ende 1993 vereinbart. Solche oder ähnliche Vereinbarungen werden mit Betriebsschließung bedrohte Belegschaften bzw. Betriebsräte leider in den nächsten Wochen noch oft unterzeichnen. „Die Bandbreite der Lohnerhöhungen werde sich zwisch-

schon null und 26 Prozent bewegen“, kommentierte der Geschäftsführer des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie (VME) Berlin-Brandenburg, Hartmann Kleiner, diese Vorgänge. Wenn dieser Herr Recht behält, hat die IG Metall versagt, egal, ob am Ende ein Tarifvertrag herausgekommen sein wird oder nicht. Ein Tarifvertrag, der keine Mindestnorm mehr setzt, hat nur einen sehr eingeschränkten Wert.

Vorderhand richten sich die Hoffnungen der IG Metall auf eine mögliche Wiederaufnahme der Revisionsgespräche. Die zweite große Streikwelle ist erst für nach Ostern angesagt, die wichtigen Entscheidungen der Tarifkommissionen fallen nicht vor dem 19. April. Auf alle Fälle finden mögliche Urabstimmungen nicht vor Ende April statt. Es gibt also Zeit für Verhandlungen. In einem Gespräch gegenüber dem *Handelsblatt* gab der sächsische IG Metall-Bezirksleiter Hasso Düvel indirekt zu erkennen, daß für die IG Metall im wesentlichen nicht mehr die Höhe der nächsten Stufe der Angleichung an die Westtarife entscheidend sei, sondern vielmehr die Anerkennung des Grundsatzes der stufenweisen Angleichung überhaupt.

Hinweise auf die mögliche Wiederaufnahme von Revisionsgesprächen lieferten aber auch die Arbeitgeber. Immerhin betonte Gesamtmetallgeschäftsführer Kirchner gegenüber der *FAZ*, daß

auch die Arbeitgeber wieder zurück zu Tarifverträgen wollen. Ferner gibt es einen handfesten Krach zwischen den Konzernen einerseits, vor allem den Automobilkonzernen, und den Zulieferern und mittelständischen Unternehmen andererseits über die bereits erfolgten Lohnzusagen der Großunternehmen.

Offen bleibt, weshalb die IG Metall so wenig in der Lage ist, die teilweise stark differierenden Interessen zwischen Mittelständlern auf der einen Seite und Konzernen auf der anderen Seite zu nutzen. Die Konzerne können zahlen, wollen aber nicht, sondern wollen mehr betrieblichen Gestaltungsspielraum. Das ist nicht hinnehmbar. Die Mittelständler bräuchten zumindest übergangsweise Lohnsubventionen vom Staat, um die Tarife zahlen zu können. Für ein wenig gegen die allmächtige Konzernwirtschaft gerichtete Mittelstandsförderung würde die IG Metall Bündnispartner bei politischen Parteien bis hinein in die ostdeutschen Landesregierungen finden können. Oder ist diese IG Metall für eine über die Grenzen der Tarifpolitik hinausgehende regional bezogene Entwicklungspolitik zu eng mit den Interessen der großen Industrie verbunden?

Quellen: *Handelsblatt*, 24.3., 2.4.93; *Leipziger Volkszeitung*, 2.4.93; *FAZ* 2.4.93; verschiedene IG Metall Nachrichten aus Berlin-Brandenburg — (brr)

Hunderttausende gegen EG-Politik

Mehrere hunderttausend Lohnabhängige haben sich nach Angaben des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 2. April an Protestaktionen gegen den Sozialabbau im EG-Binnenmarkt beteiligt. In Maastricht (Bild) demonstrierten ca. 15.000. In Großbritannien beteiligten sich mehr als 10.000 Lohnabhängige an Proteststreiks, in Italien über hunderttausend. Die meisten Forderungen richteten sich gegen Entlassungen und gegen Sozialabbau.

— (rül, Bild: af/mz)



Revanchismusvorwurf zu Recht

Was treibt Staatssekretär Waffenschmidt in Ostpreußen?

Beim Außenministertreffen des sogenannten Ostseerates geriet der deutsche Außenminister Kinkel unter Kritik. Sein russischer Amtskollege Kosyrew hatte kurz zuvor in einer Rede vor Admiralität und Offizierskorps der russischen Baltikumsflotte die Notwendigkeit einer starken Flotte in dieser Region damit begründet, daß trotz des Verschwindens einer direkten militärischen Bedrohung neue Herausforderungen entstünden: „In Deutschland und in einigen anderen Nachbarländern haben extremistische Gruppierungen bis zum heutigen Tag ihre verrückten Pläne zur Annexion der Region Kaliningrad nicht aufgegeben.“ Kinkel tat nun so, als wüßte er von nichts, und sei das ganze ein Problem der „schwierigen innenpolitischen Lage in Rußland“.

Tatsächlich sind aber die Sorgen von russischer Seite überhaupt nicht unbegründet, zumal die „extremistischen Gruppierungen“ Unterstützung von deutscher Regierungsseite genießen. Der für Aussiedlerfragen und besonders

die Rußland-Deutschen zuständige Staatssekretär im Innenministerium, Waffenschmidt, eröffnete, kurz bevor Kosyrew seine Rede hielt, ein „deutsch-russisches Haus“ in Kaliningrad, oder wie er es nennt, Königsberg. Es soll als kulturpolitische Begegnungsstätte für in Kaliningrad angesiedelte Rußland-Deutsche dienen. Wer hier wem welche Kultur vermittelt, kann erahnt werden, wenn man sich den Bauherrn und Auftraggeber ansieht: Das Bauprojekt entstand auf Veranlassung der „Stiftung Königsberg“, in der sich große deutsche Firmen (unsere Quelle, die *Neue Zürcher Zeitung*, verrät in echt kapitalistischer Diskretion nicht welche) zusammengeschlossen haben — allesamt mit Hoffnungen auf die Errichtung einer Freihandelszone im Gebiet Kaliningrad. Die Bundesregierung steuerte 2,5 Millionen Mark bei. Insgesamt hat die Bundesregierung laut Waffenschmidt bisher in die Region Kaliningrad acht Millionen Mark zur Unterstützung von rund 10.000 Rußland-Deutschen gepumpt.

Schon der Name der Stiftung — „Königsberg“ — deutet an, an welche Art Kulturvermittlung angeknüpft wird (näheres kann jeder nachlesen unter Ostpreußen, deutsche Ostkolonisation) und macht verständlich, warum auf russischer Seite Befürchtungen entstehen. Und kaum zu deren Beruhigung dürfte beigetragen haben, daß in Waffenschmidts Begleitung der CSU-Abgeordnete Koschyk reiste: Er ist in der Unionsfraktion Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen und Funktionär bei den Vertriebenenverbänden. Koschyk hielt eine (Gebiets-)Ansprüche offenhaltende Rede: Zwar gehöre das nördliche Ostpreußen heute zur Russischen Föderation, bleibe aber Teil deutscher Geschichte und Kultur. Die russischen Behörden, die einige Zeit lang aus wirtschaftlichen Gründen (Hoffnung auf deutsche Finanzhilfen) eine Ansiedlung von Rußland-Deutschen in der Region Kaliningrad befürworteten, halten sich jetzt zurück. *NZZ*, 19.3. — (alk)

CDU-Rechtsaußen wollen Bündnis mit Faschisten

CDU-Rechtsaußen sammeln sich weiter und bemühen sich um Aufwertung und Zusammenarbeit mit Faschisten. Nach dem „Deutschland-Forum“ hat sich jetzt in Sachsen-Anhalt ein „Gesprächskreis“ um den ehemaligen Ministerpräsidenten Gerhard Gies gebildet, der „konservatives Gedankengut“ in der CDU stärken will. Jeder dritte CDU-Landtagsabgeordnete habe eine „wertkonservative Neigung“. Gespräche mit CDU-Vertretern im Mecklenburg und der CSU habe man auch schon aufgenommen. Aus Sachsen-Anhalt kommt auch der berüchtigte Sprecher des Deutschland-Forums, MdB Rudolf Krause. Dieser hat jetzt seine „Denkschrift“ verschärft. In einem „Briefentwurf“, der in der CDU kursiert, nennt er NPD, Republikaner, DVU und Deutsche Liga „rechtskonservativ“ und „in ihren Programmen im wesentlichen verfassungskonform.“ Quelle: *Die Welt*, 3.4.93 — (rül)

24. April: Kundgebungen, Gegenwehr des DGB

Der DGB ruft für den 24. 4. zu Kundgebungen auf (uns bekannt: Nürnberg, Stuttgart, Köln). Das Motto: „Gegenwehr — Wir wehren uns gegen: Tarifvertragsbruch, Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung, Leiharbeit und illegale Beschäftigung.“ Im Flugblatt heißt es: „Löhne und Gehälter, Urlaub, Arbeitszeit und vieles mehr sind durch Verträge gesichert. Durch Tarifverträge. An die Stelle sicherer Verträge setzen die Arbeitgeber gebrochene Worte. Sie brechen Tarifverträge oder unterlaufen sie und verweigern vereinbarte Leistungen. Wer dies tut, nimmt den Menschen ihren sozialen Schutz und greift ein Freiheitsrecht unserer Verfassung an.“ — (alk)

500 000 illegale Leiharbeiter in der BRD

Der neue nordrhein-westfälische Arbeitsminister Müntefering geht davon aus, daß derzeit etwa 500.000 illegale Leiharbeiter in der BRD unter skandalösen Umständen arbeiten müssen. So seien bei einer Überprüfung zweier Großbaustellen in Mönchengladbach 34 polnische Arbeiter entdeckt worden, die illegal beschäftigt wurden und täglich bis zu 13 Stunden bei Löhnen zwischen 6 und 7 DM pro Stunde hätten arbeiten müssen. Stromverteiler und Schweißkabel seien defekt gewesen, die Arbeiter hätten weder Schutzkleidung gehabt noch seien sie gegen Absturz gesichert gewesen. 1992 seien bei Kontrollen der nordrhein-westfälischen Gewerbeaufsicht auf Baustellen bei drei Vierteln der untersuchten Fremdfirmen „gravierende Verstöße“ festgestellt worden. Es habe sich ein „moderner Sklavenhandel“ entwickelt. — (rül)

„Bosnien-Hilfe“: Deutsch-türkische Kriegshetzer

Etwa 2.000 Personen demonstrierten in München am 3. April gegen den „Völkermord in Bosnien“ und für eine Intervention des Westens. Von Bedeutung ist, welches Bündnis von Kriegshetzern sich hier sammelt: Aufgerufen hatten die „Gesellschaft für bedrohte Völker“, die ÖDP und offene faschistische Gruppen wie die türkischen „Idealistenvereine“ (dahinter verbergen sich die faschistischen „Grauen Wölfe“). Gesichtet wurde ferner das von der sogenannten „Europäischen Arbeiterpartei“ EAP geleitete „Schiller-Institut“. Hauptsprecher waren der Vizepräsident des türkischen Parlaments, Yarin Hatipoglu, und der als Balkan-Kriegshetzer berüchtigte CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz. Die *Süddeutsche Zeitung* (5.4.) berichtet, ein Kurde, der an den türkisch-deutschen „Genozid an meinem Volk und an den Armeniern“ und an den fürchterlichen „Schädelturm von Nitsch“, von den Osmanen aus den Schädeln von hunderten ermordeten Serben errichtet, erinnerte, sei abgedrängt worden. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Deutsche Bank zu Staatsfinanzen

Noch in diesem Jahr müsse die Bundesregierung „entscheidende Weichenstellungen“ zur Senkung des Haushaltsdefizits und zum Abbau sozialer Leistungen treffen, verlangt die Deutsche Bank. Deren Vorstandsvorsitzender Dr. Ullrich Cartellieri forderte noch für 1993 eine „globale Minderausgabe“ für Bund, Länder und Gemeinden von 1,5 Prozent und weitere „Einsparungen“ von 15 Mrd. DM. Durch die Privatisierung von Telekom, Landesbanken und Sparkassen seien mittelfristig „mehrere hundert Milliarden DM“ zu erzielen. Um einen „Aufschwung“ zu erreichen, sollten außerdem wesentliche Teile des Bau- und Gewerberechts „auf mehrere Jahre ... suspendiert“, d.h. außer Kraft gesetzt werden.

Solidarpakt II

Die Vereinbarungen zum sogenannten „Solidarpakt“ sind noch nicht einmal in Gesetz- und Haushaltsentwürfe formuliert, da haben die (SPD- und CDU/CSU)-Finanzminister von Bund und Ländern bereits weitere Kürzungen vereinbart. Am 30. März legten sie fest: In den neuen Bundesländern im Osten werden „Lohnersatzleistungen“ (Arbeitslosengeld u.ä.) künftig nur noch einmal im Jahr an die Lohnentwicklung angepaßt (bisher halbjährlich). Die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit an die Arbeitgeber bei Kurzarbeit entfallen, das Unterhalts- und Übergangsgeld bei Fortbildung und Umschulung wird gesenkt. Die Sozialhilfe soll gesenkt werden bzw. weniger als die Teuerungsrate raten, real also sinken. Die SPD-Fraktion läßt zwar, mit ihr seien solche Kürzungen nicht zu machen. Ihre Zustimmung wird aber gar nicht benötigt.

Solidarpakt III

Der CDU-CSU-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Jürgen Rüttgers, will noch einen „Solidarpakt“. In einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* fordert er: Das Renteneintrittsalter müsse angehoben werden, Arbeit über das 65. Lebensjahr hinaus sei eine „Überlebensfrage“. Auch die jährliche Arbeitszeit müsse angehoben werden, z.B. durch weniger Feiertage. Die Pflegeversicherung müsse durch Eingriffe in die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall „finanziert“ werden. Im Sozialbereich müsse weiter rigide gespart werden, das 13. Schuljahr abgeschafft werden, die Privatisierung vorangetrieben werden, vor allem im Bereich von Bahn und Post. Kernenergie und Gentechnik müßten weiter gefördert werden.

FDP verliert Mitglieder

Die FDP verliert weiter Mitglieder, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, wo die (West)-FDP 1990 mit der (Ost)-LDPD fusioniert hatte. Seit 1990 hat sich die Zahl der FDP-Mitglieder in den ostdeutschen Bundesländern halbiert — von 110 000 auf heute 55 000.

Besonders drastisch war der Rückgang in Thüringen. Dort fiel die Zahl der Parteimitglieder von 20 000 auf 8 000. FDP-Bezirkschef Böhm aus Magdeburg kritisierte, es gebe in der Partei nur noch „einen Reigen von Intrigen und Postengerangel“.

Lockerung des Waffenrechts?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Krause aus Sachsen-Anhalt — bekannt als Verfasser einer berühmten faschistoiden „Denkschrift“ (siehe auch Seite 1) — und der CSU-Abgeordnete Gerhard Scheu fordern ein neues Waffenrecht. Krause: „Es darf keine Waffenungleichheit zwischen Kriminellen und gesetzestreuen Bürgern geben. Jeder unbescholtene Bürger muß den Waffenschein erwerben können.“ Scheu: „Bei einer weiteren Zunahme der Kriminalität müssen wir über eine Liberalisierung des Waffenrechts nachdenken.“ (Bild, 1.4.) SPD, Bündnis 90/Grüne und Polizeigewerkschaft lehnten diesen Vorstoß entschieden ab.

Waffenexport nach Ungarn

Noch kurz vor der Verschärfung der UN-, NATO- und WEU-Embargos und Sanktionen gegen Serbien weilt Verteidigungsminister Rühe zum Kurzbesuch in Ungarn. Thema sei u.a. die Vorbereitung größerer Truppenstationierungen der NATO gewesen, falls Serbien dem sogenannten „Friedensplan“ der UN- und EG-Vermittler Vance und Owen zustimme. In diesem Fall müßten 80 000 bis 100 000 Mann NATO-Soldaten in Bosnien und Umgebung stationiert werden, zum Teil über Ungarn. Zusätzlich unterzeichnete Rühe eine Vereinbarung über neue deutsche Waffenlieferungen an Ungarn im Wert von 70 Mio. DM und über eine stärkere „militärische Zusammenarbeit“ beider Länder.

Bannmeile aufheben?

Eine Aufhebung der Bannmeile vor dem Bundestag für den Tag der Schlußberatung des sogenannten „Asylkompromisses“ haben Grüne, PDS, Jungsozialisten und die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl beantragt. Der „Trägerkreis Aktion Asylrecht“, dem die Organisationen zusammen mit anderen Gruppen angehören, plant für den Tag der Schlußberatungen über die Aufhebung des Asylrechts zahlreiche Protestaktionen in unmittelbarer Nähe des Bundestags.

Was kommt demnächst?

Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sind derzeit in den „Osterferien“. Termine für die Beratung und/oder Verabschiedung von Gesetzen in Bundestag und Bundesrat liegen deshalb nicht vor. Am 19. April wollen die Umweltminister von Bund und Ländern mit Kapitalisten, Gewerkschaften und Umweltpolitikern beraten. Am 22. April wird der französische Premier Balladur in Bonn mit Kohl zusammentreffen. Am 18. Mai findet in Dänemark das zweite Referendum über den Maastrichter EG-Vertrag statt. Ebenfalls im Mai wird Kohl in die Türkei reisen.

Begrüßenswerte Initiative: GRÜNE für Auflösung der Geheimdienste

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf zur Auflösung aller bundesdeutschen Geheimdienste im Bundestag eingebracht. Der Antrag ist kurz und lakonisch: Das Bundesverfassungsschutzgesetz, das MAD-Gesetz und das BND-Gesetz (alle von 1990) sollen ersatzlos aufgehoben werden.

In einem weiteren Antrag schlägt die Parlamentariergruppe vor, die Bundesregierung solle sofort Sozialpläne für das Personal dieser Geheimdienste ausarbeiten und sicherstellen, daß alle geheimdienstlich gespeicherten Daten gegen illegale Vernichtung gesichert werden und einer „angemessenen Erforschung geheimdienstlicher Tätigkeit“ zugeleitet werden. Die Gruppe schlägt vor, die Unterlagen der bundesdeutschen Geheimdienste nach den gleichen Verfahrensregeln zugänglich zu machen, wie schon bei den Stasi-Unterlagen geschehen: Betroffene erhalten unbeschränkt Auskunft und Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen, jede behördliche Nutzung ihrer Daten darf nur mit ihrer persönlichen Genehmigung erfolgen. „Abweichend hiervon dürfen Strafverfolgungsbehörden Informationen über ehemals geheimdienstlich Tätige

oder Begünstigte nutzen, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, daß diese Straftaten begangen haben.“ Nicht personenbezogene Unterlagen werden „öffentlich dokumentiert und zur allgemeinen Nutzung freigegeben.“

Gesetzentwurf und Antrag sind erfreulich, schon allein deshalb, weil die Partei sich damit in Gegnerschaft zur Bundesregierung und den sie tragenden Parteien gibt.

Das war in der letzten Zeit, zumal bei der sogenannten „Stasi-Aufarbeitung“ im Osten, nicht immer der Fall. Auch in der Sache selbst vertreten die Antragsteller demokratische Positionen, weil sie der ausufernden Tätigkeit der bundesdeutschen Geheimdienste und ihrer zunehmenden Verschlingung mit polizeilicher und anderer behördlicher Tätigkeit entgegenzutreten und die Fülle von Straftaten und Rechtsbrüchen durch diese Geheimdienste in den vergangenen Jahrzehnten noch einmal zusammenzutragen und auszugewaschen dokumentieren.

Das kann von Bürgerrechtsgruppen genutzt werden, um die öffentliche Kritik an den bundesdeutschen Geheimdiensten zu verstärken und der Ausdeh-

nung ihrer Vollmachten (Stichwort: „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“, Lausangriff usw.) entgegenzutreten. Richtig weisen die Antragsteller auch darauf hin, daß Geheimdienste eine prinzipielle Gefahr für demokratische Rechte sind.

Problematisch sind Gesetzentwurf und Antrag da, wo sie ihre Begründung nennen: Die „innen- und außenpolitische Situation“ habe „sich grundlegend verändert“, Geheimdienste seien „ineffektiv im Sinne ihrer Aufgabenstellung“ und „einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle nicht zugänglich“. Mit anderen Worten: Wo keine innere und äußere Gefahr für den Staat besteht, da ist auch kein Geheimdienst nötig. Damit entwickeln bzw. verteidigen die Antragsteller keine Normen dafür, was allgemeine Schranken staatlichen Handelns sein müssen, wo grundlegende Bürgerrechte verletzt werden, gegen die kein Staat verstoßen darf. Ohne eine solche prinzipielle Position — die im Grunde sich in Verfassungsnormen niederschlagen muß — verliert die Initiative viel an Glaubwürdigkeit.

Quelle: Bundestagsdrucksachen 12/4402 und 12/4403 — (rül)

Auszüge aus dem Gesetzentwurf zur Auflösung der Geheimdienste

... Unabhängig von den oben skizzierten Entwicklungen und Problemen hat bereits die bisherige Praxis der Geheimdienste deren strukturelle Demokratie-Unverträglichkeit und auch Unkontrollierbarkeit gezeigt ...

1. In der vom Bundesamt für Verfassungsschutz betreuten Verbunddatei sind nach dessen Angaben z.Zt. etwa 1,5 Millionen Bürger und Bürgerinnen u.a. aufgrund folgender Amtsaktivitäten erfaßt:

— in der Vergangenheit überprüfte und überwachte der Verfassungsschutz illegal etwa Abgeordnete und Arbeitslose, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, Schüler und Studenten, Bibliotheksbenutzer und Krankenversicherte, Technologie-Gegner und Besucher von AKW's, Sportler und Wohngemeinschafts-Bewohner, Ordens-Empfänger und Bezieher von Werbematerial usw. Der ebenso unzureichende wie regelmäßig wiederkehrende Rechtfertigungsversuch für diese Maßnahmen lautete, man habe eine mögliche extremistische Beeinflussung durch Dritte erkennen wollen.

— Immer wieder wurden illegal Wanzen angebracht und die Erkenntnisse gegen die betroffenen Bürger und Bürgerinnen genutzt: z.B. bei F.D.P.-Aktivisten 1963, zur Überwachung von

Mandantengesprächen im Gefängnis Stuttgart-Stammheim 1977, im Fall Traube 1977. Über den letztgenannten Fall stürzte der damalige Bundesminister des Inneren, Dr. Werner Maihofer.

— Der Verfassungsschutz beeinflusste massiv Gerichtsverfahren in seinem Sinne (z.B. Proll- und Schmücker-Prozess), wie inzwischen justiziell festgestellt wurde.

— V-Leute des Verfassungsschutzes begingen, provozierten oder förderten mit Wissen des Amtes vielfach aktiv Straftaten ... besonders unter Neonazis durch Waffen- und Sprengstofflieferungen ... bis hin zur Verwicklung in Fememorde ... Selbst vor der eigenhändigen Begehung von Straftaten schreckten Verfassungsschutz-Berichte nicht zurück: z.B. verübten 1978 Verfassungsschutz-Mitarbeiter mit Hilfe der GSG 9 einen Bombenanschlag auf die JVA Celle ...

2. Trotz des für den BND geltenden Verbots jeglicher Inlands-Aufklärung spähte dieser Journalisten und Verlage (Studio Hamburg, Springer, Bertelsmann, Bauer) aus ... Er legte umfangreiche Karteien über das Intimleben verdächtiger Politiker ... sowie über politische Strukturen ... und Auslandskontakte der SPD an ... und

streute diese Erkenntnisse gezielt an Medien ... Illegale Waffenlieferungen in Krisengebiete ... wickelte der BND in der Vergangenheit regelmäßig ab ...

3. Der MAD führte lange Jahre u.a. eine „Basisdatei Zersetzung“ mit Angaben über 50 000 „wehrfeindliche Multiplikatoren“, darunter viele Schriftsteller, Theologen und Abgeordnete. Nach der angeblichen Vernichtung dieser Datei führte die Abteilung Psychologische Verteidigung unter Einschaltung von privatrechtlichen Tarninstituten derartige Karteien bis zur förmlichen Beanstandung durch den Bundesdatenschutzbeauftragten weiter. Die entsprechenden Erkenntnisse gewann der MAD u.a. durch vielfache illegale Abhörpraktiken, wofür u.a. Verteidigungsminister Leber stürzte ...

Wie bereits erwähnt, konnten die skizzierten „Skandale“ in aller Regel nicht durch die ordentlichen Kontrollorgane aufgedeckt, geschweige denn verhindert werden ... mußten sich zahlreiche parlamentarische Untersuchungsausschüsse immer wieder mit den Geheimdiensten befassen (es folgt eine Liste von acht parlamentarischen Untersuchungsausschüssen seit 1954 und der entsprechenden Berichte, d. Red.)

Quelle: Bundestagsdrucksache 12/4402, 17.2.93. Die vollständige Drucksache ist dokumentiert in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift *Geheim* Nr. 1/93, zu beziehen über GNN-Verlag Köln.

Städte, Gemeinden und Kreise nehmen Stellung zum „Solidarpakt“

Das Defizit der kommunalen Haushalte ist in den alten Bundesländern von 5,5 Mrd. (1991) auf 7,8 Mrd. (1992) angestiegen, 1993 erwarten sie ein Minus von 8,5 Mrd. DM. Die Kommunen in den neuen Bundesländern stellen für 1992 ein Defizit von 5,5 Mrd. DM fest, das nach bisheriger Datenlage 1993 auf 9 Mrd. DM anwachsen wird. Daher sind die Kommunen besonders daran interessiert, daß 1. das Geld für die Finanzierung des „Solidarpakts“ nicht vorrangig den Kommunen entzogen wird, daß 2. die ostdeutschen Kommunen wirklich einen großen Teil der Mittel erhalten und daß 3. Bund und Länder ihren Aufwand nicht dadurch mindern, indem sie Aufgaben auf die Kommunen übertragen, ohne die Finanzierung zu sichern. Hier einige Stimmen:

„Die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 1995 führt in den alten Ländern ... zu einer zusätzlichen Belastung in Höhe von insgesamt 16,8 Mrd. DM. In welcher Höhe die Kommunen an diesen Zusatzlasten beteiligt werden, wird Gegenstand von Verhandlungen in den einzelnen Ländern sein. Die Länder scheinen aber in dieser Frage ... eine

bundeseinheitliche Regelung anzustreben. In einem Gesetzesantrag an den Bundesrat zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs beantragen die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern, die Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Länder zu erhöhen. U.a. hierdurch sollen sich die Kommunen der alten Bundesländer mit bundesdurchschnittlich 40 % an den Belastungen der alten Länder beteiligen.“ (Deutscher Städtetag)

„Wir wollen uns selbstverständlich auch an den Kosten zum Aufbau Ost beteiligen. Wir sind aber nicht in der Lage, 40 Prozent der Länderbelastungen zu übernehmen. Wenn uns der Staat sonst nur mit rund 12 Prozent an seinem Steuerkuchen beteiligt, ist nicht einzusehen, warum wir bei den Belastungen 40 % tragen sollen.“ (Bayer. Städtetag)

„Die Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Mindereinnahmen der Länder hat auf der Grundlage der jeweiligen Verbundsätze im Rahmen der Finanzausgleichsgesetze zu erfolgen. Eine Festlegung der kommunalen Belastung durch eine bundesweite Anhebung der Gewerbesteuerumlage zugunsten

der westdeutschen Länder ist systemfremd.“ (Deutscher Städte- und Gemeindebund)

„Die mit der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs den neuen Ländern zufließenden Mittel werden die Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ ersetzen. Letztere standen den Kommunen zu 40 % zu; diese Quote wird auch für die künftigen Einnahmen der Kommunen in den neuen Ländern gefördert.“ (Deutscher Städtetag)

„Bund und Länder dürfen keine die Kommunen belastenden Leistungsgesetze beschließen, bisher von Bund und Ländern getragene Lasten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden, und bestehende Leistungsgesetze müssen gekürzt oder zeitlich ausgesetzt werden ... insbesondere der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.“ (Deutscher Landkreistag)

Inzwischen hat die Bund-Länder-Kommission Leistungskürzungen beschlossen, die noch über die bisherigen Solidarpakt-Verhandlungen hinausgehen. Am 16. April berät der Bundesrat darüber. Wir werden dann über Einzelheiten berichten. — (ba)



Arbeitsminister Blum will mit einem neuen Gesetz die Kündigungsfrist für Angestellte von jetzt drei Monaten auf vier Wochen verringern. Die Gewerkschaften DAG und DGB kritisieren diesen Plan scharf. Die Verringerung treffe vor allem Angestellte mit geringen Einkommen wie die drei Millionen Angestellten im Groß- und Einzelhandel. Die DAG verbindet diese Kritik mit reaktionären Angriffen auf den DGB: Durch seine Klage vor dem Verfassungsgericht gegen die ungleichen Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten, der das Gericht stattgab, habe der DGB die jetzigen Angriffe ermöglicht, behauptet die DAG. Die DAG tritt deshalb weiterhin für ungleiche Kündigungsfristen ein, während der DGB auf einer Angleichung beharrt — allerdings durch Anhebung der Kündigungsfristen für Arbeiter auf die der Angestellten.

Zu Luft und Wasser

Angeblieh handelt es sich bei der Durchsetzung des Flugverbotes über Bosnien Herzegowina und bei der Durchsetzung des Handels- und Transportverbotes an den Donaugrenzen des immer noch bestehenden Jugoslawiens um Maßnahmen zur Unterbindung bzw. Zügelung einer militärischen Aggression; aber die militärischen Fakten sprechen anders.

In Bosnien-Herzegowina tobt ein grausamer Bürgerkrieg, in dem sich herausgestellt hat, daß die von den Westmächten geförderte Seite nicht siegen kann, wenn sie nicht umfassend und direkt unterstützt wird. Die bisher geleistete politische und wirtschaftliche Hilfe reicht nicht. Militärische Einwirkung auf das Schlachtfeld des Bürgerkrieges ist erforderlich.

Auf dem Landweg sind solche Eingriffe nur schwer auszubauen. Politisch wäre die Umstellung vom Roten Kreuz auf den LKW zum schwarzen Balkenkreuz auf den Panzern zu auffällig. Militärisch wäre es zwar ohne weitere möglich, solche Panzer weit nach Bosnien-Herzegowina hineinzuschicken, aber wieviel zurückkämen, ist schwerer abzuschätzen.

Da bietet sich an, die Unterstützung des Bürgerkrieges aus der Luft auszubauen. Sie ermöglicht den flüssigen Übergang von Hilfe mit zivilen Gütern zu Hilfe mit militärischen Gütern.

Die Ausweitung der Lufthilfe in bürgerkriegsentscheidende Dimensionen setzt die totale Herrschaft über den Luftraum des Balkan voraus. Es müßte nämlich ein außerordentlich reger Flugverkehr mit allen möglichen Sorten Lufttransportmitteln eingerichtet werden, die sehr verwundbar sind.

Der Ausbau der AWACS-Beobachtung ist eine Voraussetzung für Luftherrschaft. Die Geländeverhältnisse — hohe Gebirge, tief eingeschnittene Täler, kleinräumig verlaufende Grenzen — machen eine Luftwaffe zu einem gefährlichen Gegner, auch wenn sie nicht super-high-tech gerüstet ist. Auch muß die Hilfe, humanitäre, zivile, militärische, sehr genau gelenkt werden, und auch dazu ist das AWACS-System geeignet.

Die AWACS werden bei dieser Gelegenheit zu einer Tag- und Nachtüberwachung übergehen. Sie werden sowohl südwestlich, über der Adria, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, wie auch über Ungarn eingesetzt. Da militärische, aber auch zivile Organisationsmaßnahmen heutzutage ohne Funkgeräusche nicht abgehen, entsteht für den Balkan eine Situation der Totalbeobachtung mit Zentrum Serbien.

Die Totalbeobachtung stellt die Möglichkeit von Luftschlägen gegen Serbien militärisch-materiell sicher. Es geht aber auch um die Gewinnung der benötigten Legitimation. Denn nur einem restlos elektronisch ausgespähten Serbien können Verletzungen von Luftraum und Territorium Bosnien-Herzegowinas mit wissenschaftlicher Sicherheit angehängt werden.

Der Vorbereitung von gezielten Schlägen gegen die Serben dient auch die Entsendung von Flußbooten. Die Verschiffung von Bundesgrenzschutz erfolgt, wie es heißt, auf Anforderung von Nachbarstaaten Rest-Jugoslawiens, die Rede ist von Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Die Presse berichtet, daß zwar die BRD mit dem BGS eine Polizeitruppe abordnen werde, andere Länder, die auch beteiligt seien, aber Militär schicken müßten. Die deutschen Boote werden, wie die Presse meldet, über den Rhein-Main-Donau-Kanal das Grenzüberwachungsgebiet erreichen. Sie werden also durch Österreich, die slowakische Hauptstadt Pressburg streifend, nach Ungarn fahren. Ob man die Stirn hat, sie durch Serbien durch an den Unterlauf der Donau zu entsenden, ist noch nicht heraus. Die BGSler dürfen sich auf eine Rolle freuen, die in der Großwildjagd dem Zicklein zugedacht ist. Ihr Auftrag würde am erfolgreichsten sein, wenn sie von serbischen Granaten getroffen heroisch versinken könnten. Das würde eine Legitimation hergeben!

Die Boote sind aber so oder so als Bannbrecher zu verstehen. Da kann die BRD den BGS lange als Polizei bezeichnen, faktisch würde die Truppe zu einer klassischen Militäraufgabe — Embargo — herangezogen. Österreich, für das wegen seiner Neutralitätspolitik die Gewährung des militärischen Durchmarsches oder Durchzuges nicht einfach ist, könnte, wenn es einen ersten und dann immer weitere Durchzüge erlaubt, in seine historische Rolle in kleinen Schüben wieder hineinwachsen.

Balkan-Interventions-Vorbereitung: Täuschungen und Rechtsbrüche

1. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, der UN-Sicherheitsrat habe mit seinem Beschluß vom 31. 3. „die NATO gebeten“, das Flugverbot gegen Serbien zu überwachen. Richtig ist, daß der UN-Sicherheitsrat in seinem (unten dokumentierten) Beschluß Mitgliedsstaaten der UNO autorisiert hat, „entweder national oder im Rahmen von regionalen Organisationen“ die Durchsetzung des Flugverbots zu überwachen. Was „regionale Organisationen“ sind, definiert Kapitel VIII der UNO-Charta. Daß die NATO eine solche „regionale Organisation“ im Sinne der UNO-Charta sein soll, ist eine in der Geschichte der UNO und der NATO bislang unbekannte Behauptung. Von dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, dem Abgeordneten Verheugen, hört man allerdings, daß UN-Generalsekretär Boutros-Ghali bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn eine solche Einstufung der NA-

TO erstmals vorgenommen haben soll — „zur allgemeinen Überraschung“.

2. Die Bundesregierung hat unmittelbar nach dem Beschluß des UN-Sicherheitsrates beschlossen, daß sich Bundeswehrsoldaten an AWACS-Flügen weiter beteiligen werden. Zu diesem Zeitpunkt lag noch gar kein Beschluß der NATO über einen AWACS-Einsatz vor.

3. Der einen Tag nach dem Beschluß des Bundeskabinetts erfolgte Beschluß des NATO-Rats, das „Flugverbot durchzusetzen“, verstößt eklatant gegen den NATO-Vertrag. Dieser definiert die NATO als ein Militärbündnis mit genau umschriebenen Zwecken (Verteidigung) und genau umschriebenem Gebiet. Der Einsatz gegen Serbien verstößt sowohl gegen die vertraglichen Zwecke der NATO wie gegen die territoriale Beschränkung ihres Einsatzgebietes.

4. Der am Montag darauf getroffene Beschluß der WEU-Außenminister, so-

genannte „Embargo-Überwacher“ die Donau hinabzuschicken, ist ebenfalls vertragswidrig. Auch die WEU ist keine „regionale Organisation“ im Sinne der UNO-Charta. Zudem hatte Außenminister Kinkel in der folgenden Pressekonferenz die Stirn, von „Polizeixperten“ der WEU zu reden, die den Beschluß vorbereitet hätten, obwohl das Bündnis keinerlei polizeiliche Kompetenzen hat. Weder der Bundesgrenzschutz noch der BRD-Zoll unterstehen zudem der WEU. 5. Sprecher der SPD antworten auf die Frage, warum sie nicht auch gegen den Vertragsbruch von NATO und WEU klagen, sie könnten diese Bündnisse gar nicht verklagen. Sie würden aber die Bundesregierung verklagen. Die sowie so schon wegen des Adria-Einsatzes erhobene Klage solle ausgeweitet werden auf den AWACS-Einsatz. Eine Formulierung dieser Klage soll frühestens Ende dieser Woche vorliegen. — (maf, rül)

Beschluß des Bundeskabinetts, 2. 4. 93

1. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Entschlossenheit, an den Bemühungen der Völkergemeinschaft, den Frieden im früheren Jugoslawien wiederherzustellen und den bedrängten Menschen in der Region wirksam zu helfen, nach besten Kräften mitzuwirken.

2. Insbesondere würdigt und unterstützt sie nachhaltig die Anstrengungen der Vermittler der Vereinten Nationen, Cyres Vance, und der Europäischen Gemeinschaft, Lord Owen, die Annahme des von ihnen konzipierten Friedens-

plans für Bosnien-Herzegowina durch alle Konfliktparteien sicherzustellen und diesen Plan so zügig wie möglich umzusetzen.

3. Sie bekräftigt ihre Haltung, daß die Einhaltung des durch UN-Sicherheitsratsresolution 781 und 786 vom 9. 10. bzw. 10. 11. 1992 verhängten Flugverbots über Bosnien-Herzegowina durch den NATO-AWACS-Verband unter deutscher Beteiligung überwacht wird.

4. Sie ist einverstanden, daß der NATO-AWACS-Verband nunmehr in Überein-

stimmung mit Sicherheitsratsresolution 816 vom 31. 3. 93 auch unter deutscher Beteiligung daran mitwirkt, dieses Flugverbot durchzusetzen.

Erklärung der FDP-Minister:

Die FDP-Minister teilen die Zielsetzung und den Inhalt der Punkte eins bis drei des Beschlußvorschlags. Sie können aus den bekannten verfassungsrechtlichen Gründen die rechtliche Beurteilung zu Ziffer vier des Beschlußvorschlags nicht mittragen und stimmen deshalb mit NEIN.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2. April 1993, Nr. 116/93

UN-Sicherheitsratsresolution 816

Antragsteller: Frankreich, Marokko, Pakistan, Spanien, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika

Der Sicherheitsrat, *bezugnehmend* auf seine Resolutionen 781 (1992) vom 9. Oktober 1992 und 786 (1992) vom 10. November 1992, *bezugnehmend* auf Paragraph 6 der Resolution 781 (1992) und Paragraph 6 der Resolution 786 (1992), in denen der Rat mit großer Dringlichkeit darauf hinwies, daß im Fall von Verletzungen des Verbots militärischer Flüge im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina weitere Maßnahmen notwendig werden können, um das Verbot durchzusetzen, *tief beunruhigt* über die verschiedenen Berichte des Generalsekretärs betreffend Verletzungen des Verbots militärischer Flüge im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina (S/24783, S/24810, S/24840, S/24870, S/24900 und Add. 1 bis 31)

tief beunruhigt insbesondere durch die Briefe des Generalsekretärs an den Präsidenten des Sicherheitsrats vom 12. und 16. 3. 1993 (S/25443 und S/25444) betreffend die unverhüllte Verletzung des Verbots militärischer Flüge im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina, und *erinnernd* in diesem Zusammenhang an die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates vom 17. 3. 1993 (S/25426), insbesondere bezüglich der Bombardierung von Dörfern in der Republik Bosnien und Herzegowina, *erinnernd* an die Bestimmungen des Kapitels 8 der Charta der Vereinten Nationen, *stellt fest*, daß die schwerwiegende Situation in der Republik Bosnien und Herzegowina weiterhin eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit darstellt, *handelnd* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, daß das durch Resolution 781 (1992) in Kraft gesetzte Verbot ausgeweitet wird auf alle Flüge von Flugzeugen und Hubschraubern im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina, wobei dieses Verbot keine Anwendung findet auf Flüge, die UNPROFOR gemäß dem folgenden Kapitel 2 genehmigt hat;

2. *bittet* UNPROFOR, den Mechanismus, auf den sich in Paragraph 3 der Resolution 781 (1992) bezogen wird, dahingehend zu modifizieren, um im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina humanitäre Flüge und andere Flüge, die mit relevanten Resolutionen des Sicherheitsrats übereinstimmen, zu autorisieren;

3. *bittet* UNPROFOR, weiterhin die Einhaltung des Verbots von Flügen im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina zu überwachen, und *ruft* alle Parteien dringend *auf*, mit UNPROFOR zu kooperieren, um praktische Vereinbarungen für die genaue Überwachung von autorisierten Flügen und eine Verbesserung der Anmelde-Prozeduren zu erzielen;

4. *autorisiert* Mitgliedsstaaten, sieben Tage nach Annahme dieser Resolution unter der Autorität des Sicherheitsrates und in enger Koordinierung mit dem Generalsekretär und UNPROFOR alle erforderlichen Maßnahmen, entweder national oder im Rahmen von regionalen Organisationen oder Vereinbarungen, im Luftraum der Republik Bosnien und Herzegowina zu ergreifen, um die Einhaltung des Verbots von Flügen, wie in Paragraph 1 oben beschrieben, sicherzustellen, entsprechend den speziellen Umständen und der Natur der jeweiligen Flüge;

5. *bittet* alle betreffenden Mitgliedsstaaten, den Generalsekretär und UNPROFOR, alle Maßnahmen, die sie ergreifen, um den oben genannten Paragraph 4 in Kraft zu setzen, eng miteinander zu koordinieren, eingeschlossen die

Regeln ihres jeweiligen Engagements und das genaue Datum ihres Inkrafttretens, das nicht später als sieben Tage hinter dem Termin liegen sollte, zu dem die Autorisierungen, von denen in Paragraph 4 gehandelt wird, in Kraft treten; und dem Sicherheitsrat über den Generalsekretär darüber zu berichten;

6. *beschließt*, daß, falls der Co-Vorsitzende des Komitees für die Internationale Konferenz betr. das frühere Jugoslawien den Sicherheitsrat davon in Kenntnis setzt, daß alle bosnischen Parteien ihre Vorschläge für eine Beilegung vor dem in Paragraph 5 genannten Termin akzeptiert haben, daß dann die oben in dieser Resolution genannten Maßnahmen unter die Maßnahmen zur Inkraftsetzung dieser Konfliktlösung fallen;

7. *bittet* außerdem alle Mitgliedsstaaten, den Generalsekretär umgehend von allen Maßnahmen zu unterrichten, die sie in Ausübung der ihnen in Paragraph 4 gegebenen Vollmacht ergreifen;

8. *bittet* ferner den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat regelmäßig über die Angelegenheit zu berichten und ihn unverzüglich von jeder Maßnahme, die von Mitgliedsstaaten entsprechend der in Paragraph 4 gegebenen Vollmacht ergriffen wird, zu unterrichten;

9. *beschließt*, in dieser Angelegenheit weiter tätig zu sein.

(31. 3. 93, eigene Übersetzung)

Die PDS/LL zum Balkaneinsatz

... Mit dem Beschluß, vier Patrouillenboote des Bundesgrenzschutzes und des Zolls zur Durchsetzung des Embargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu entsenden, setzt sie ihre einseitige Parteinahme, ihre ebenso trick- wie risikoreiche Politik fort ...

Mit der Behauptung, es handle sich bei den zu entsendenden bewaffneten Grenzschützern um keine Soldaten, versucht die deutsche Regierung, wie bereits bei den Einsätzen der Bundesmarine in der Adria und der Bundesluftwaffe über Bosnien die Verletzung des Grundgesetzes zu kaschieren und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Was macht es für das verkleinerte Jugoslawien, das sich durch das einseitig gegen sein Territorium verhängte Embargo auf höchste ungerecht behandelt fühlt, für einen Unterschied, daß sich die an seinen Grenzen nach Jahrzehnten wieder auftauchenden bewaffneten deutschen Uniformierten nicht „Soldaten“, sondern „Grenzschützer“ nennen? Die deutsche Grenze befindet sich hunderte von Kilometern nördlich des vorgesehenen Einsatzgebietes. Was geschieht, wenn es, wie zu befürchten steht, zu Provokatio-

nen und Zusammenstößen kommt?

Es geht nicht allein darum, ob mit der Entsendung der deutschen Patrouillenboote das Grundgesetz ein weiteres Mal verletzt wird, woran kein Zweifel bestehen dürfte, sondern vor allem auch darum, daß Bewaffnete in deutschen Uniformen nichts außerhalb des NATO-Gebietes, und schon gar nicht auf dem Balkan, zu suchen haben. Es ist empörend, mit welcher Arroganz die verantwortlichen Politiker des größeren Deutschland die schlimmen Erinnerungen an die in diesem Jahrhundert schon zweimal von Deutschen auf dem Balkan verübten Kriegsgreuel beiseite wischen, mit welcher Leichtfertigkeit und Sorglosigkeit sie das Leben ihrer Enkel und Söhne aufs Spiel setzen.

Die PDS/LL im Bundestag verlangt deshalb die sofortige Rücknahme des Beschlusses zur Entsendung von Einheiten des Grenzschutzes an die jugoslawische Grenze; nachdrücklich erneuert sie ihre Forderung, alle Anstrengungen auf eine politische Lösung des Jugoslawienkonfliktes zu richten und provozierende Handlungen jeglicher Art zu unterlassen. (Erklärung von H. Modrow, 6. 4., gekürzt)

Politik per Symbole

Wer würde schon Kohl für raffiniert oder einen Medienfachmann halten? Und doch beherrscht die Regierung Kohl das subtile Spiel, durch symbolische Handlungen die Öffentlichkeit zu überspielen, aus dem Effeff.

Für den Einstieg in den Krieg gegen die Serben fehlt der Bundesregierung die rechtliche Grundlage, die parlamentarische Mehrheit und — hochwahrscheinlich — auch der Rückhalt in der Bevölkerung. Sie hat lediglich den schneidigen Willen zur Tat.

Der subtile Charakter von Politik mit Symbolen besteht nun darin, eine Tat im denkbar kleinsten Maßstab einzugewöhnen und dabei die Umgebung von ideologischen, politischen und rechtlichen Normen wachsen zu lassen, so daß vorher „unbestritten“ geltende Verbote gleichsam überwuchert werden.

Jede öffentliche Kritik an der Tat kann auf diesem Wege in den Bereich des Überzogenen, Seltsamen, ja Lächerlichen verschoben werden. Die Kritik fällt dann auf den Kritiker zurück, der, wie das Fachwort heißt, unglaublich wird.

Eine solche Tat ist die Abordnung von Bundeswehrlern in die AWACS-Geräte. So viel, was in Verfassung und Strafgesetzbuch steht, muß dabei mißachtet werden, daß es kaum glaublich ist.

Die NATO ist nach ihrer Satzung nicht befugt, von irgendwem Aufträge entgegenzunehmen. Die UNO war da auch vorsichtig und hat es gar nicht versucht. Hätt es die UNO versucht, wär es darauf hinausgekommen, das Boutros-Ghali Bill Clinton einen Auftrag erteilt. Solche Zustände würden die USA nicht einreißeln lassen wollen. Die Lesart vom UNO-Auftrag an die NATO wurde exklusiv für die BRD erlogen.

Die BRD-Mitgliedschaft an der NATO ist nämlich nur wegen jener Satzungenvorschriften der NATO möglich geworden, die klarstellen, daß der Bündnisfall nur eintritt, wenn ein Mitgliedsland eindeutig, bestandsgefährdend militärisch angegriffen ist. Nur diese Eingrenzung auf eindeutig defensive Zwecke ermöglichte der BRD die Mitgliedschaft, deren eigene Verfassung militärische Gewalt auf die Verteidigung eingrenzt. Eine Beschlußfassung aus eigenen Stücken der NATO hätte für die BRD an diesen wunden Punkt gerührt. Die gnädige Lüge von der Beauftragung durch die UNO spart da Rechtfertigungsaufwand.

Tatsächlich hat die NATO unter Mitwirkung der Bevollmächtigten der BRD aus freien Stücken und souverän entschieden, die Durchsetzung des von der UNO über Bosnien-Herzegowina ausgesprochenen Flugverbotes auf sich nehmen zu wollen.

Daraus folgt, daß die Verfahrensbevollmächtigten der BRD an einer Beschlußfassung der NATO mitgewirkt haben, durch die das Bündnis so weit aus seinem satzungsmäßig abgesteckten Rahmen ausgebrochen ist, daß die Geschäftsgrundlagen für die seinerzeitige Unterzeichnung durch die BRD wegfallen.

Die offensichtlich im Regierungsauftrag handelnden Vertreter der BRD haben dabei erreichen wollen, Verfassungsbestimmungen der BRD, die das Verbot des Angriffskrieges betreffen, im Zusammenspiel mit auswärtigen Mächten auszuhebeln.

Dies ist der Form nach ein großes Verbrechen. Da es realpolitisch aber nur um die Mitwirkung von einigen Spezialisten bei den AWACS-Flügen geht, klingt es lächerlich, von Vorbereitung eines Angriffskrieges und Hochverrat zu reden. Denn wie soll denn so viel durch so wenig geschehen? Der Wandel einer politischen Frage, bei der alle mitreden können, zu einer Prinzipien- oder Rechtsfrage, zu der sich nur noch Spezialisten äußern können, wär gelungen.

Das Bundesverfassungsgericht scheint, so sieht es bei Redaktionsschluß aus, nicht bereit zu sein, einfach den Korken aus der Flasche zu ziehen, aus der die Regierung Kohl, einstweilen noch genannt wie der Märchengeist, ungehemmt ins Freie entweichen will. Sollte es zu dem Urteil kommen, daß eine Änderung der Verfassung vor z.B. einer AWACS-Beteiligung erforderlich sei, so würde auf die BRD der seltene Fall zukommen, daß in parlamentarischen Wahlen eine wirklich wichtige Frage entschieden würde. Es ist nicht ausichtslos, eine Sperrminorität zusammenzubringen gegen Verfassungsänderungen, die zur Führung des Angriffskrieges bevollmächtigen.

Türkei: Reaktion auf PKK-Waffenstillstand?

Die türkische Regierung und der Nationale Sicherheitsrat der Türkei haben bisher noch keine Reaktion auf den von der Kurdischen Arbeiterpartei PKK verkündeten einseitigen Waffenstillstand und das damit verbundene erneute Angebot einer politischen Lösung des Kurdenproblems gezeigt. Stattdessen gab es neue Militäraktionen gegen kurdische Siedlungen und vermeintliche Guerillastützpunkte und die zynische Aufforderung eines Regierungsmitglieds, die PKK-Guerilla solle die Waffen niederlegen und sich der türkischen „Gerechtigkeit“ ergeben. Zu befürchten ist, daß auch dieses bis 15. April befristete neue Angebot der PKK für eine politische Lösung ungenutzt verstreicht.

Auch die Reisen des Generalsekretärs der (südkurdischen) PUK, Talabani, der bei der Pressekonferenz von PKK-Generalsekretär Öcalan, auf der der Waffenstillstand verkündet wurde, zugegen war, nach Ankara scheinen kein Ergebnis erreicht zu haben.

Da eine offizielle Reaktion des de facto höchsten türkischen Staatsorgans, des Nationalen Sicherheitsrats, auf das Waffenstillstandsangebot der PKK bis heute aussteht, kann man über die Motive nur mutmaßen. Offenbar wähnt sich das türkische Militär immer noch in der Hoff-

nung, die kurdische Guerilla militärisch besiegen zu können. Das türkische Militär ist noch nicht geschlagen.

Zudem würde ein Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen mit der PKK nicht nur die jahrzehntelange kemalistische Staatsdoktrin der Türkei über den Haufen werfen, sondern auch die aktuelle Mobilisierungskampagne von Militär und türkischen Faschisten für türkische Militäreinsätze auf dem Balkan und im Kaukasus (gegen Armenien) erheblich stören.

Sollte die von der PKK gesetzte Frist bis 15. April auf diese Weise verstreichen, bleibt der PKK nichts anderes übrig, als den Guerillakampf auszuweiten und ihn womöglich auch weit in türkische Gebiete hineinzutragen, um das türkische Militär zum Auseinanderziehen seiner Einheiten und zum Schutz seines „Hinterlandes“ zu zwingen. In diesem Fall hat der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, bereits angekündigt, die Kurdische Volksbefreiungsarmee ARGK sei in der Lage, ihre militärische Stärke von etwa 10000 Guerillas (hinzukommen Milizkräfte, die noch einmal über zehntausend Personen mehr umfassen) auf bis zu 50000 Personen zu steigern.

Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* 8/93 — (rül)

Vorbild für die neue Regierung: die DM

Der zweite Wahlgang in Frankreich hat wie erwartet eine überwältigende Mehrheit an Sitzen für die bürgerlichen Parteien gebracht. Die Rechten von der Front National sind nicht im Parlament vertreten, obwohl ihr Führer Le Pen in seinem Wahlkreis noch einmal 40 Prozent der Stimmen auf sich ziehen konnte. Erste Erklärungen der neuen Minister lassen in Umrissen das Programm der bürgerlichen Regierung erkennen:

Wirtschaft: Der ehemalige Ökonomieprofessor Edmond Alphandéry gehört zum Lager der „Angebotstheoretiker“ und strebt eine Politik des „starken Francs“ an, d. h. der Wechselkurs der französischen Währung soll gegenüber der DM nicht sinken. Eine umfangreiche Privatisierung staatlicher Betriebe soll erfolgen, als nächstes ist an die France Télécom gedacht, die französische Telefongesellschaft. Steuersenkungen für Unternehmen und Auflagen an die Bauwirtschaft sollen den Kapitalisten aus der Krise helfen. Ein noch nicht näher umrissenes Sparprogramm für den Staatshaushalt läßt Senkungen von Sozialleistungen für die Lohnabhängigen befürchten. Der Kabinettsbeschluss, mit dem die Ministerien für Arbeit, Budget und Soziales beauftragt wurden, eine „Photographie“ der Verhältnisse im

Sozialversicherungswesen anzufertigen, gehen ebenfalls in diese Richtung.

Außeres: Neuer Außenminister wurde Alain Juppé, der erst vor kurzem eine Annäherung Frankreichs an die Nato befürwortet hat und dafür eintritt, daß die BRD einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat erhält. Anschließend setzt ein größerer Teil der französischen Bourgeoisie auf eine Politik der Teilhabe an einer Ostexpansion der BRD: Juppé spricht sich für eine schnelle „Einbindung“ osteuropäischer Staaten in die EG ein.

Inneres: Der dem rechten Flügel der Neogaullisten zugerechnete Charles Pasqua wurde zum Innenminister ernannt. Seine Karriere als Politiker begann er in dem gaullistischen Geheimdienst SAC, der Mißliebige mit Methoden am Rande oder jenseits der Legalität bekämpfte. Er trat mit nationalistischen Argumenten gegen den Maastricht-Vertrag auf und pflegt auch sonst seit längerem ideologische Gemeinsamkeiten mit der Front National (es werden Äußerungen zitiert, er teile einige Wertvorstellungen mit der Le-Pen-Partei). Von ihm stammen Vorschläge zur strikten Begrenzung der Zuwanderung. Als erstes soll er Gesetze zur Staatsangehörigkeit, Einwanderung und Innere Sicherheit vorlegen. *NZZ*, 2.4.; *Süddt. Zg.*, 1.4. — (alk)

Kanada: Mulroney geht — viele Fragen offen

Der kanadische Premierminister Mulroney, im Amt seit 1984, in letzter Zeit sehr unpopulär angesichts anhaltender Wirtschaftskrise und der verlorenen Verfassungs-Abstimmung, hat angekündigt, im Sommer sein Amt niederzulegen. Die Volksabstimmung im Herbst hatte auf der ganzen Front eine schroffe Kluft zwischen der „politischen Klasse“, wie man im Deutschen immer öfter sagt, und der wählenden Bevölkerung offenbart. Die Verfassungsreform hätte den Frieden Kanadas mit den französischen Traditionen Québecks und mit den Ureinwohnern neu begründen sollen und war von allen Parteiführern und allen Premierministern ebenso wie von den gewählten Vertretern der Ersten Nationen unterstützt worden.

Gleich nach der verlorenen Verfassungsabstimmung gab Mulroney die Parole aus, jetzt müsse es um den wirtschaftlichen Aufschwung gehen. Offen ist dabei u. a., ob und in welcher Form das Nafta-Freihandelsabkommen zwischen USA, Mexiko und Kanada in diesem Jahr trotz der Regierungswechsel in USA und Kanada ratifiziert wird (ge-

plant ist: bis 1.1.1994, aber auch US-Präsident Clinton will Änderungen) und in welchem Maße Mexiko und Kanada dabei ihre Interessen gegen die USA geltend machen können.

Für die Lohnabhängigen ist diese Entwicklung von großer Bedeutung. Dabei ist bemerkenswert, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten in der Regierungszeit der Konservativen in Kanada auf über vier Millionen kontinuierlich gestiegen ist, obwohl die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft auf unter elf Millionen Personen gesunken ist. Daraus scheint zu sprechen, daß die Differenzierung der Lohnarbeiter weniger weit fortgeschritten ist oder daß die Gewerkschaften in Kanada bessere Antworten darauf wissen als anderswo. Die Löhne liegen heute höher als in den USA.

Für die Ersten Nationen stellt sich nach dem Referendum die Frage nach ihrem Verhältnis zum kanadischen Staat grundsätzlich neu.

Die Neuwahlen sind im Herbst.

Quellen: *Coll. Bargaining Review*, Juli-Aug. 1992; *FAZ*, 11.2., 10. + 29.3.93 — (mif)

Internationale Umschau



5000 US-Arbeiter demonstrierten am 1. April vor der USA-Hauptvertretung von BMW in Woodcliff Lake (New Jersey) gegen die Pläne des Konzerns, in seinem künftigen Werk im Süd-Carolina Löhne weit unter den Tariflöhnen zu zahlen. Ende dieses Jahres will BMW mit den ersten 2000 Einstellungen beginnen. Auch unter den Firmen, die derzeit die BMW-Niederlassung von ihren Lohnabhängigen errichten lassen, sind bereits zahlreiche Tarifbrecher-Firmen. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO will sich deshalb an den US-Kongreß wenden und durch Flugblattverteilung, Infostände u. a. Formen der Öffentlichkeitsarbeit direkt vor BMW-Händlern in den USA zum Boykott des Konzerns aufrufen. — (rül)

Britische Eisenbahner und Bergarbeiter streiken

Am 2. April lag in Großbritannien der ganze Schienenverkehr still: Ein 24stündiger Streik der Bahnangestellten richtete sich gegen die geplanten Entlassungen und die Privatisierung der British Rail. In London streikten am selben Tag auch Busfahrer und U-Bahnbeschäftigte. Ihr Streik richtete sich gegen beabsichtigte Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es war der erste Streik bei British Rail seit vier Jahren. Ebenfalls am 2. April streikte eine Mehrheit der britischen Bergarbeiter gegen geplante Zechenschließungen. Der Gewerkschaftsführer Scargill kündigte weitere kombinierte Aktionen an, bis die Regierung endlich ihre Politik des Arbeitsplatzabbaus ändere. — (alk)

Schweden: Kürzungen beim Arbeitslosengeld

Die bürgerliche Minderheitsregierung bildet hat im Parlament mit Zustimmung der rechtspopulistischen Ny Demokrati ein Gesetz durchgebracht, mit dem das Arbeitslosengeld von 90 auf 80 Prozent des vorigen Lohnes gesenkt wird. Gleichzeitig werden fünf Karenztage in der Arbeitslosenversicherung eingeführt, d. h. die ersten fünf Tage der Arbeitslosigkeit bleiben ohne Versicherungsleistung — wer häufig die Stelle wechseln muß, das dürften in der Regel die sowieso schlecht bezahlten Beschäftigten sein, hat daher beträchtliche finanzielle Einbußen. Der Arbeitsminister hielt im Reichstag Hetzreden gegen die Mißbräuche von Sozialleistungen, die die Bewältigung der Wirtschaftskrise verhinderten. Die sozialdemokratische Opposition lehnte das Gesetz wie jede Revision des sogenannten „Wohlfahrtsstaates“ ab. — (alk)

Für sozialpolitisches „Gegensteuern“

Einige zehntausend Menschen nahmen an der Kundgebung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) am 27. März in Bern teil. „Wer die soziale Demontage und die Verwildern der Arbeitsstätten weiterhin auf seine Fahnen schreibe, werde auf harten Widerstand mobilisierungsfähiger Gewerkschaften treffen“, erklärte der SGB-Präsident Walter Renscher. Management durch Einschüchterung sei die Methode der Arbeitgeber: zuerst Angst um den Arbeitsplatz erzeugen und dann die Angst der noch Beschäftigten zur Deregulierung der Arbeitsbedingungen ausnutzen. Das menschliche Kapital werde abgesaugt, und die Verluste würden über die Arbeitslosenversicherung sozialisiert. In Transparenten wurde die Regierung wegen der beabsichtigten Kürzungen beim Arbeitslosengeld angegriffen. Eher im Nebulösen blieben die Ausführungen der neugewählten Bundesrätin (Ministerium des Inneren) Ruth Dreifuss, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommt: Ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen Staat und Bürgern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Männern und Frauen, zwischen Reichen und Armen sei nötig. — (alk)

Kuba: Jahrhundertsturm verschärft Krise

Was den hiesigen Medien kaum eine Zeile oder ein Wort wert war, gilt in Kuba als der „Sturm des Jahrhunderts“. Der Schnee in Florida war medienwirksamer als die wirtschaftliche Katastrophe, die ungeheuren Sachschäden, die das Unwetter in Kuba in der Zeit vom 12.3. bis 17.3.1993 in acht der 14 Provinzen verursachte. Windgeschwindigkeiten von über 160 km/h, schwere Regengüsse und acht Meter hohe Wellen führten zu schweren Überschwemmungen. Die kubanische Regierung schätzt den volkswirtschaftlichen Schaden in einer Kurzauswertung auf über eine Milliarde Dollar. Über 3200 Versorgungseinrichtungen wurden beschädigt. Schwere Zerstörungen erlitt das Strom-, Gas- und Wassernetz, deren Ausfälle zogen wiederum weitere Schäden nach sich. Beschädigt oder zerstört sind industrielle und landwirtschaftliche Anlagen, Hotels; sechs Flugzeuge schob der Wind gegeneinander, einer der beiden größten Hafenkräne (Wert 6 Mio. Dollar), die Kuba besitzt, wurde vollständig vernichtet. Lagerhäuser, Fischereifahrzeuge und -material, Fangnetze müssen ersetzt werden. Dazu sind fast 40000 Wohnungen beschädigt oder zerstört. Evakuierungen waren nötig. Fünf Tote sind zu beklagen. In lebenswichtigen Bereichen wie der Landwirtschaft werden die Verluste auf 210 Millionen US-Dollar geschätzt. Die Hauptschäden trafen Bananenplantagen, den Zucker und den Tabak (über 300 Tabaktrockenhäuser beschädigt/zerstört), was wiederum die Deviseneinnahmen reduziert. Es wurden sofort Brigaden mit Zehntausenden von Arbeitskräften aus allen Bereichen gebildet, die in erstaunlich kurzer Zeit die wichtigsten Einrichtungen, vor allem das Kommunikationssystem wieder zum Funktionieren brachten. Nichtsdestotrotz wird die gegenwärtige „Spezialperiode“ noch beträchtlich verschärft. Es muß neu angebaut werden, und es fehlen Düngemittel, Herbizide etc. Fidel Castro schrieb das Unwetter den durch die Imperialisten verursachten Klimaveränderungen zu. Im Gegensatz zu den Zyklonen und Tornados konnte der Sturm meteorologisch nicht vorausgesehen und keine Schutzmaßnahmen getroffen werden. Die deutsch-kubanische Freundschaftsgesellschaft führt eine Spendensammlung durch: BfG Bonn, Kto. 1202999900, BLZ: 38010111, Kennwort: Katastrophenhilfe. — (frr)

Deutsch-niederländisches Militärkorps vereinbart

Mit einer „gemeinsamen Erklärung“ haben Verteidigungsminister Rühe und der niederländische Verteidigungsminister ter Beek die Bildung eines gemeinsamen Armeekorps vereinbart. Das Korps soll 40000 Mann umfassen und seinen Sitz in Münster haben. Das Kommando wird abwechseln. Da die niederländische Armee auf 70000 Berufssoldaten verkleinert wird, von denen mehr als ein Zehntel dem neuen Korps angehören (alle 5500 in der BRD stationierten niederländischen Einheiten sowie „mehrere größere Einheiten aus den Niederlanden“ sollen dazugehören), gewinnt die BRD so das Kommando über beträchtliche Teile der niederländischen Armee. — (rül)



Mit Enthüllungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der mexikanischen Arbeiter entlang der US-mexikanischen Grenze hat der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO seine Kritik an dem Freihandelsabkommen USA-Mexiko-Kanada (NAFTA) verstärkt. Der AFL fordert die Ablehnung dieses Abkommens, weil es den Kapitalisten erleichtert, Fertigungsstätten in Mexiko mit niedrigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen zu betreiben. Allein 30 US-Konzerne hatten in Mexiko Möbelwerke und ähnliche Anlagen hochgezogen, um den US-Standards gegen Luft- und Wasserverschmutzung zu entgehen. Die Untersuchungskommission (Bild) fand zahlreiche hochgradig vergiftete frühere Werksgebiete, sprach mit Arbeitern, die 5 Dollar Tageslohn bekommen, und entdeckte zahlreiche US-Niederlassungen in Mexiko, in denen Kinder ausgebeutet werden. — (rül, Bild: AFL-CIO)

Stahl: Weiter Protest, aber welche Ziele?

Essen. Über 70000 Stahlarbeiter protestierten am 26.3.1993 in Bonn gegen die Stilllegungs- und Rationalisierungsabsichten der Stahlkonzerne. Die Kundgebung, an der Belegschaften aus der ganzen Bundesrepublik teilnahmen, war der Abschluß des von der IG Metall in Etappen organisierten „Marsches auf Bonn“, der zwei Tage vorher in Dortmund begonnen hatte.

Die Wut vieler Teilnehmer war groß. Ein schlüssiges Konzept, wie die Interessen der Lohnabhängigen trotz Stahlkrise verteidigt werden können, hat die IG Metall jedoch nach wie vor nicht. Von der EG forderte IG Metall-Chef Steinkühler erneut, die „manifeste Krise“ nach Art. 58 des Montanunion-Vertrages auszurufen. Von der Bundesregierung forderte er die Einberufung einer „nationalen Stahlkonferenz“, bei der es vor allem um zwei Punkte gehen soll: Um einen „Orientierungsrahmen für die dauerhafte Sicherung der nationalen Stahlbasis“ und ein „soziales und regionales Begleitprogramm“.

Die Bundesregierung lehnt diese Forderungen und jedes politische Eingreifen nach wie vor ab. „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“, führte Bundeswirtschaftsminister Rexroth (FDP) bereits vor einigen Wochen aus. Diese Haltung wird ihr leicht gemacht, weil

auch die Positionen der IG Metall stark vom Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie geprägt sind, darüber hinaus aber keine Erörterung stattfindet. Selbst die Fusion von Krupp und Hoesch trägt die IG Metall nach wie vor mit, obwohl sie die Grundlage für den Rationalisierungsfeldzug von Krupp-Chef Cromme ist.

Diese Situation ist brandgefährlich. Thyssen-Stahl-Chef Schulz bekundete prompt Sympathie für den Protest, um ihn in falsche Bahnen zu lenken: „Die Politik“ müsse endlich das „Subventionsunwesen“ in anderen EG-Ländern beenden; im übrigen sei Lohnverzicht nötig, um den „Standort Deutschland“ zu sichern. Dem haben die Stahlkapitalisten inzwischen Taten folgen lassen. Wie in der Metallindustrie kündigten sie die Tarifverträge für die Stahlindustrie in der ehemaligen DDR — einen Tag vor dem Inkrafttreten der Anhebung auf 80 % der West-Tarife am 1.4.1993.

Anders als in der metallverarbeitenden Industrie sind die Verhandlungsführer der Kapitalisten für die Osttarife allesamt Vertreter der westdeutschen Stahlkonzerne. Die Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen hat deswegen Solidaritätsaktionen bis hin zu Streiks beschlossen. — (wof)

ÖTV gegen „Fallmix“ am Krankenhaus

Stuttgart. Ende Januar schickte SPD-Bürgermeister Blessing an die Krankenhausleitungen der städtischen Krankenhäuser einen Brief, worin er „strategische Überlegungen“ für den Umgang mit Patienten und Personal nach Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes bekanntgab (1).

— Er forderte die rasche Einführung einer „internen Fallzahlbudgetierung“ mit einer strengen Überwachung im Jahresverlauf und „dem Ziel, die je Klinik so errechnete Fallzahl (d.h. Patientenzahl, d. Red.) als Obergrenze nicht zu überschreiten.“

— Es sollte die Schwere der Behandlungsfälle und damit die Kostenintensität kontrolliert werden, „um einen unter Kostengesichtspunkten ‚gesunden‘ Fallmix zu erzielen.“ Zu teure Patienten sollten von den Ärzten an Spezial- oder Unikliniken verwiesen werden. „Patienten mit ‚kostengünstiger‘ Diagnose“ sollten dagegen angesprochen werden.

— 1993 sollten „die Fallzahlen etwas unter der Vereinbarung mit den Kostenträgern liegen und die Verweildauer im Durchschnitt dann so verlängert werden, daß die vereinbarten Berechnungstage in etwa knapp erreicht werden.“

— Bezüglich der Umsetzung der neuen Personalbedarfsrichtlinien in der Pflege, in der Psychiatrie und für Hebammen sollten die Krankenhausleitungen Zurückhaltung üben; denn der Nachweis des Bedarfs zusätzlicher Stellen wecke auch Ansprüche auf Seiten des Personals, und ab 1996 liege das Risiko, die Stellen finanziert zu bekommen, beim Krankenhaus.

— Zwecks Kostensenkung müßten „auch bisher als ungewöhnlich angesehene Überlegungen“ wie Privatisierung von Teilbereichen umgesetzt werden.

— Neue Leistungen werden in den nächsten Jahren nur zugelassen, „wenn die zusätzliche Finanzierung verbindlich gewährleistet ist.“

— Die Krankenhausleitungen sollten dafür sorgen, daß insbesondere bei der Ärzteschaft „notwendig gewordenen Umdenken vor Ort einsetzt und auch entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.“

Dieses Paket von „Überlegungen und Empfehlungen“ beinhaltet zum einen quantitative und qualitative Leistungsbegrenzung und die Anweisung zur Patientenselektion; die Beschäftigten sollten gezwungen werden, die Frage, ob, wie und wie lange ein Patient behandelt wird, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu entscheiden. Zum anderen sollten die sowieso schon geringfügigen Zugeständnisse der Bundesregierung zur Personalvermehrung im Pflegebereich nicht umgesetzt und durch Privatisierung Stellen bei der Stadt abge-

baut werden. Die ÖTV bekam Ende März von diesem Brief Kenntnis und verurteilte Blessings Pläne in einer Pressekonferenz. Sie forderte den Bürgermeister und die Mitglieder des Krankenhausausschusses des Gemeinderats auf, politisch bedingte Finanzprobleme nicht auf dem Rücken von Patienten und Beschäftigten auszulagern.

In den Stuttgarter Tageszeitungen wurde Blessings Vorstoß mit ziemlich großer Empörung verhandelt; auch die baden-württembergische Sozialministerin Solinger wandte sich dagegen, ohne jedoch zu sagen, daß ja die Bettenreduzierung über den Krankenhausplan III seitens der Landesregierung betrieben wird! Sie wird wohl am meisten daran Anstoß genommen haben, daß Blessing teure Behandlungen an die Unikliniken weitergeben wollte — dann hätte das Land die Defizite zu tragen.

Blessing verteidigte sich damit, daß er ja nur der durch das Gesundheitsstrukturgesetz geänderten Krankenhausfinanzierung Rechnung getragen habe. Seit Jahresanfang ist nämlich das Krankenhausbudget „gedeckelt“, d.h. die Ausgaben der Krankenhäuser dürfen nicht mehr steigen als die Einnahmen der Krankenkassen. Sind die Ausgaben höher, muß der Krankenhausträger dafür aufkommen. Blessing befürchtet daher ein Ansteigen des von der Stadt zu tragenden Defizits für die Krankenhäuser von derzeit um die 40 Mio. DM auf ca. 65 Mio. DM. Anstatt jedoch das Gesundheitsstrukturgesetz anzugreifen, will er den Vollzug und die damit einhergehende Inhumanität durchsetzen.

Der Protest führte zunächst dazu, daß Blessing sein Schreiben offiziell zurückziehen mußte. Mitte März legte er dem Krankenhausausschuß eine Vorlage zur „Krankenhausfinanzierung ab 1993“ (2) vor, die bei zwei Gegenstimmen verabschiedet wurde. Es heißt darin, daß „eine Verlusterhöhung zu Lasten des städtischen Haushalts“ aufgrund des Gesundheitsstrukturgesetzes verhindert werden solle. Dabei müsse aber „die Qualität der medizinischen Versorgung sichergestellt sein.“ Konkrete Anweisungen zur Beschränkung der Patientenversorgung sind nicht mehr direkt formuliert, geblieben ist aber der Angriff auf die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus. Denn künftig müssen Arbeiten an Private vergeben werden, wenn diese kostengünstiger sind. In den Krankenhäusern werden jetzt auf Initiative der ÖTV Unterschriften gesammelt gegen die Vergabe von Arbeiten an Fremdfirmen.

(1) Zitate aus: Brief von Bürgermeister Blessing (Referat Wirtschaft und Krankenhäuser) vom 25. Jan. 1993; (2) Gemeinderatsdrucksache Nr. 130/1993 vom 10. März 1993 — (evo)

Kinderhorte Opfer von Sparmaßnahmen?

München. Bei einer Anhörung der SPD-Fraktion zum Thema „Kosten und Zuschüsse für Kindergärten“ am 18.3. äußerten Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie der Kirchen und freien Wohlfahrtsverbände die Befürchtung, daß den rund 400 Kinderhorten in Bayern ein schnelles Ende drohe. Im Gegensatz zu den Kindergärten seien die Zuschüsse bei den Horten nicht gesetzlich gesichert. Der Landesverband katholischer Kindertagesstätten klagte, daß im Hortbereich einige Einrichtungen keine Zahlungen mehr erhalten. H. Gruber vom Bayer. Gemeindefrat bestätigte: Die geplanten Einsparungen seien „erstmalig wirklich schmerzhaft“. Die Experten stellten bei der Anhörung auch fest, daß die flächendeckende Versorgung mit Kindergartenplätzen weiterhin nicht in Sicht sei. — (acr)

Bosch: Großdemonstration gegen Kahlschlag

Stuttgart. Scharfe Kritik übten Bosch-Betriebsräte an „ihrem“ Management auf der Kundgebung am 1. April 1993 vor dem Stammwerk in Stuttgart-Feuerbach. „Kalt“, so klagt ein Betriebsrat, „sei das Klima in Feuerbach geworden“. Allein für dieses Jahr hat die Konzernspitze den Abbau von 10000 Arbeitsplätzen im Inland, die Anrechnung der Tarifierhöhung von drei Prozent auf freiwillige Zulagen und die Kündigung von mehreren Betriebsvereinbarungen verkündet. Von allen Bosch-Werken in der Region waren Busse gekommen. Im Werk Ansbach in Franken hatte der Betriebsrat eine zusätzliche Betriebsversammlung angesetzt. Aus Bamberg waren Busse zur Demonstration nach Sach-

sen gefahren. Weitere bundesweite Aktionen sind geplant. Die Bosch-Konzernspitze versicherte, die Beschäftigten hätten zwar ein Recht auf Protest, aber auf einen Kompromiß mit dem Betriebsrat hätte das Management nicht warten können. — (ros)

HBV fordert 200 DM im Einzelhandel

Karlsruhe. Die Tarifkommission der HBV fordert für die Beschäftigten im baden-württembergischen Einzelhandel 200 DM mehr. Im Lebensmitteleinzelhandel fordert die HBV die Erhöhung der Kassierzulage von 40 auf 100 DM. Da trotz aller HBV-Bemühungen die Kapitalisten nicht von der zweijährigen Ausbildung zur Verkäuferin abgehen, wird eine höhere Anfangseingruppierung nach der zweijährigen Ausbildung gefordert (Gehaltsgruppe II, 3. Berufsjahr = z. Zt. 2.235 DM). Das Einstiegsgehalt nach der dreijährigen Ausbildung (Kaufrau/Kaufmann) soll im 4. Berufsjahr der Gehaltsgruppe II beginnen (z. Zt. 2.275 DM). Auszubildende sollen 150 DM mehr erhalten. — (rub)

Hoechst mangelhafte Arbeitsbedingungen

Frankfurt. Am 29.3. veranstaltete die Liste Forum für durchschaubare Betriebsratsarbeit im Betriebsrat des Hoechst Konzerns eine Podiumsdiskussion zu der neuesten Reihe von Unfällen im Werk Griesheim. An der Diskussion nahmen zwei Vertreter des Umweltministeriums, Renate Conrads, MdL und Mitarbeiterin der Informationsstelle für arbeitsmedizinische Fragen (IFAF) sowie Thomas Schlimme von der Bürgerinitiative Hoechst Schnüffler und Maagucker teil. Joschka Fischer hatte

sein Kommen von der Anwesenheit eines Vertreters der Hoechst AG abhängig gemacht, der wie die ebenfalls eingeladenen IG Chemie nicht kam. Die Mitglieder des Forums wiesen v.a. auf den Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Unfallgefahr hin: Es ist bekannt, daß Hoechst im Werk Griesheim rationalisieren will, was die Kollegen unter starken Druck setzt. Die Übergabezeit von einer Schicht zur anderen beträgt nur 5 Minuten. Die Arbeiter sind 11,25 Stunden im Betrieb, davon ist eine Stunde unbezahlte Pause und 25 % vorgeschriebene Ruhezeit innerhalb einer Bereitschaft für Ernstfälle. Die Ruhezeit kann jedoch nicht eingehalten werden, da es keine Möglichkeit zum Ausruhen gibt. Bei dem Unfall in Griesheim war die Schadstoffkonzentration innerhalb des Werkes am höchsten, es dauerte jedoch ca. eine Woche, bis das Tragen von Vollschutz angeordnet wurde. Unzureichende Schichtbesetzung, mangelhafte Ausbildung und Information erhöhen das Sicherheitsrisiko. — (udi)

DAV: Vorschlagsrecht für Richter aberkannt

Düsseldorf. Der zuständige nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Müntefering (SPD) hat dem Deutschen Arbeitsnehmerverband (DAV) endlich das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Arbeits- und Sozialrichter aberkannt. Über den DAV sind in NRW 14 ehrenamtliche Richter ernannt worden, die faschistischen Organisationen nahestehen. Dazu gehörte in Bochum auch der ehemalige Landesvorsitzende der NPD, Markert. Markert wurde vor kurzem amtsentoben, nachdem ÖTV und DGB dies monatelang gefordert hatten. Er war presserechtlich verantwortlich für rassistische Flugblätter. — (wof)



Freiheit für Stephan Waldberg!

Stuttgart. Etwa 200 Menschen demonstrierten am Samstag, den 27. März, für die sofortige Freilassung des Journalisten Stephan Waldberg aus dem türkischen Gefängnis. Auf der Kundgebung sprachen Vertreterinnen und Vertreter des „Freundeskreis Stephan Waldberg“, des Senders „Radio Dreyeckland“, der IG Medien, der türkischen Zeitung Özgür Gündem, der Initiative „Aktion Zuflucht“, des kurdischen Kulturzentrums Stuttgart und der Landtagsabgeordnete der SPD Eberhard Lorenz. Inzwischen gibt es verschiedene Beschwerden wegen des gigantischen Polizeiaufgebotes. — (rac)

Mietverträge für Obdachlose — Bürgerantrag der PDS-LL Essen

Essen. Vor zwei Jahren mußte die Stadt Essen 870 Obdachlose unterbringen. Heute sind es 1250, über die Nichtseßhaften gibt es keine verlässlichen Angaben. Obwohl diese Entwicklung absehbar war, sind der Verwaltungsspitze der Stadt Essen bisher nur Maßnahmen eingefallen, die sie selbst als „unpopulär“ bezeichnet. Seit mehreren Monaten werden per städtischer Verfügung die Familien in den Notunterkünften in kleinere Wohnungen umquartiert, so daß dort mehr Menschen zusammengepfercht werden können.

Eine fünfköpfige Familie, die bisher auf 74 Quadratmetern lebte, muß sich nun zum Beispiel mit 42 Quadratmetern begnügen.

Grundlage für solche Maßnahmen ist das Anstaltsrecht, unter das Obdachlosenunterkünfte fallen. Danach kann die Stadt alles reglementieren, selbst ob und wie jemand seine Wohnung tapeziert. Gesetzlich verpflichtet ist die Stadt nur dazu, obdachlos gewordene Menschen irgendwie zu verwahren.

In einem Brief der Stadt an eine betroffene Familie heißt es entsprechend: „Die städtischen Unterkünfte... haben die Aufgabe, obdachlosen Personen in einfachster Form Schutz vor den Unbilden der Witterung zu bieten. Besondere Anforderungen an Größe und Wohnqualität, wie sie für Mietwohnungen selbstverständlich sind, können nicht gestellt werden.“ Klagen gegen Kleinersetzun-

gen blieben ohne Erfolg. Die Bewohner der Notunterkünfte haben daraus die Konsequenzen gezogen und sind an die Öffentlichkeit gegangen.

Sie haben Unterschriftensammlungen durchgeführt oder Wohnerversammlungen, auf denen sie die eingeladenen Politiker mit ihren Interessen konfrontierten.

Rund 60 Bewohner von Obdachlosenunterkünften ließen sich Ende letzten Jahres bei einer presswirksamen Aktion im Wohnungsamt als „wohnungs-suchend“ registrieren.

Trotzdem hat die SPD-Ratsmehrheit zusammen mit CDU und FDP bei den Beratungen für den Haushalt 1993 selbst einen Antrag der GAL/Die Grünen abgelehnt, nach dem 5 Millionen DM für den Ausbau der Dachböden in den Obdachlosenunterkünften zur Verfügung gestellt werden sollten.

Dieser Antrag hätte sicherlich die eine oder andere „Kleinersetzung“ überflüssig gemacht. Am rechtlosen Zustand der Obdachlosen hätte er jedoch ebenso wenig geändert, wie am Entstehen von Obdachlosigkeit.

Die Essener Gruppe der PDS-Linke Liste hat dagegen damit begonnen, Unterschriften unter einen Bürgerantrag zu sammeln, dessen Kern die Forderung nach Umwandlung der Obdachlosenunterkünfte in normale Sozialwohnungen ist: Alle Bewohner sollen ordentliche Mietverträge erhalten, wie auch in Es-

sen in der Siedlung Assmannsweg bereits vor Jahren umgesetzt.

Die Stadt wird dadurch sofort an die Pflichten eines Vermieters gebunden, „Kleinersetzungen“ per Verfügung werden unmöglich. Sie kann für dringende Reparaturen und Sanierungen herangezogen werden — bei Schimmel in den Wänden, Briefkästen und Klinkeln, Fenstern, Bädern und Heizungen.

Darüberhinaus wird die Verwaltung in dem Bürgerantrag aufgefordert, ein Konzept zur Vermeidung von Obdachlosigkeit vorzulegen. Die Vorgaben:

a) Vermeidung von Obdachlosigkeit durch Übernahme von Mietschulden (über die bisher geübte Praxis hinaus); b) Beschlagnahme von gekündigtem Wohnraum zwecks Wiedereinweisung von Personen, die sonst obdachlos würden;

c) Anmietung von Normalwohnungen zur Vermittlung an Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Personen.

„Nichtgenutzten Wohnraum soll die Stadt systematisch erfassen und prüfen, inwieweit landesrechtliche Maßnahmen gegen die Wohnraumzweckentfremdung angewendet werden können — les Punkte, die in Essen noch weniger als in anderen Städten Nordrhein-Westfalens umgesetzt werden.“

Quellen: „Obdachlos — aber nicht wehrlos“, Lokalberichte Essen 6/93; Bürgerantrag der PDS-LL — (wof)



Bonn. Am 26.3. demonstrierten 100 000 Stahlarbeiter in Bonn. — (Bild: af/mz)

Lohnarbitverhandlungen Seehäfen gescheitert

Hamburg. Am 2. April 1993 erklärte die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ÖTV Abteilung Seehäfen die Lohnarbitverhandlungen für gescheitert. Die Arbeitgeber hatten zuletzt 3,2 Prozent Tarifierhebung angeboten. Die Bundestarifkommission sah keine Möglichkeit in freien Verhandlungen zu einem akzeptablen Abschluß in zu kommen. Gefordert war 6,5 Prozent, mindestens 250 DM. Am 25. März 1993 hatten die Arbeitgeber-Vertreter gleich gar kein neues Angebot gemacht sondern nur über die schlechte Lage gejamert, und daß sie einen Abschluß in Höhe der Preissteigerungsrate nicht bezahlen könnten. Auch eine soziale Komponente wäre nicht tragbar. Bestimmte Arbeitgeber drohten gar mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband, wenn erneut ein Abschluß über dem Durchschnitt der anderen Branchen getätigt wird. Am 24. April gibt es unter der Leitung von Herr Nölling, ehemaliger Chef der Hamburgischen Landesbank, einen Schlichtungsversuch. Verschiedene Hafenarbeiter planen an einem davorliegenden Wochenende eine Aktion der Überstundenverweigerung um die Position der Verhandlungskommission zu stärken. — (obj)

NPD-Vorsitzender Deckert kam nicht zu Wort!

Heidelberg. Wie es schon in den vergangenen Jahren häufiger der Fall gewesen war, wollte Günter Deckert die Kandidatenvorstellung zur Bürgermeisterwahl in Wilhelmsfeld nutzen, um seinen braunen Dreck abzulassen. Am Montag, den 22. März, empfingen ihn in der Sport-

halle 100 bis 150 Antifaschisten. Als er nach der Einleitung durch den Bürgermeister-Stellvertreter Plitt und der Rede des ersten Kandidaten sprechen wollte, gellten ihm die Pfiffe und Sprechchöre entgegen. Die Kandidatenvorstellung wurde abgebrochen. Deckert verließ unter Polizeischutz den Saal. — (nach Info Heidelberg)

Kurdisch-Unterricht: Schulausschuß-Resolution

Köln. Auf Bitten des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins hat der Schulausschuß des Rates der Stadt Köln sich Mitte März an den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen gewandt mit der Forderung, endlich auch muttersprachlichen Unterricht für kurdische Kinder zuzulassen. Wir dokumentieren Auszüge. — (rül)

Resolution
Bezugnehmend auf die Entschließung des Europäischen Parlaments A 3-0192/92 vom 12.6.92, in der die Mitgliedsstaaten der EG aufgefordert werden, „... den kurdischen Immigrantinnen und Immigranten in der Gemeinschaft ihre kulturellen Rechte zu gewähren, ihre Sprache zu fördern, Radio- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache zu ermöglichen und die Hindernisse zu beseitigen, die es kurdischen Eltern unmöglich machen, ihren Kindern kurdische Namen zu geben ...“ bekräftigt der Schulausschuß seine Resolution vom 15.10.91 und appelliert erneut an den Kultusminister, umgehend den entsprechenden Erlaß zu ändern, so daß schnellstmöglich ein ausreichendes Angebot an muttersprachlichem Unterricht in kurdischer Sprache bereitgestellt werden kann, ohne daß weitere Stellenzusetzungen erforderlich werden ...“

Gericht stoppt Zwangsvollstreckung gegen selbstorganisiertes Zentrum

Karlsruhe. Der Verein selbstbestimmtes Leben hat im Kampf um das unabhängige und selbstorganisierte Zentrum in der Stephanienstraße 60-64 einen juristischen Erfolg erzielt. Im Dezember '92 hatte sich die evangelische Stadtmission, die Besitzerin der Häuser, vom Amtsgericht die Kündigung des 1990 abgeschlossenen Nutzungsvertrages bestätigen lassen. Ende März hat nun das Landgericht dem Einstellungsantrag des Vereins stattgegeben. Damit ist die zum 31. März abgelaufene Räumungsfrist zumindest einmal bis Mai aufgehoben.

U. a. hat die hier abgedruckte Solidaritätserklärung des Stadtjugendausschuß mit dazu beigetragen, das Anliegen der Bewohner der „Steffi“ in der Öffentlichkeit zu fördern, die von CDU bis Rep betriebene Hetze gegen und Isolierung des Projektes zu durchbrechen. Entsprechend sind jetzt die Stellungnahmen: „... was veranlaßt die Vollversammlung des Stadtjugendausschuß dazu, eine Hausbesetzung als legitimes Mittel zu sanktionieren? ... Sie (die Bewohner der Steffi) haben der Stadtmission etwas weggenommen. Was würde aus unserer Gesellschaft, wenn sich jeder nach Belieben nehmen dürfte, was er will oder was er braucht?“, mobilisiert die örtliche Monopolpresse. Der Ex-Rep und Gemeinderat Büche deutet Polizeiaktionen an, um das Projekt „Steffi“ aus der Welt zu schaffen: „Ich erachte es als ein ganz starkes Stück, wenn eine aus öffentlichen Geldern finanzierte Gruppe junger Karlsruher Bürger, unter Vorsitz eines demokratisch gewählten Stadtrats, einen nicht

unerheblichen Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung für einen gelungenen Versuch, Wohnungen zu beschaffen, hält“. — (map)

Resolution der Vollversammlung des Stadtjugendausschuß e.V. vom 18.3.: Steffi muß bleiben!

Die Häuser in der Stephanienstraße 60-64 standen zwölf Jahre leer, während immer mehr Menschen von Wohnungsnot betroffen waren und noch sind. Eine 25köpfige Gruppe von jungen Menschen, die zusammenleben wollten, entschloß sich, die Häuser zu besetzen, nachdem Mietanfragen vom Hauseigentümer immer wieder abgelehnt worden waren. Mit breiter öffentlicher Unterstützung gelang es, eine sofortige Räumung zu verhindern und die Hausbesetzung durch einen Nutzungsvertrag mit der Hauseigentümerin, der Stadtmission, zu legalisieren.

In den folgenden Monaten wurde das 2000 qm große Haus von den Hausnutzern alleine und mit eigenen Mitteln instand gesetzt. Neben den Zimmern wurde ein Café, ein Bar- und Konzertraum, Proberäume, Werkstätten und eine Siebdruckerei eingerichtet. Neben Konzerten, kulturellen und politischen Veranstaltungen gibt es regelmäßige öffentliche Veranstaltungen, die Volkküche, ein sonntägliches Frühstücksbuffet sowie jeden Freitag die Haifischbar.

Die anfänglichen Grundsätze, die unkommerzielle Selbstorganisation, sowie politische und finanzielle Unabhängigkeit wurden bis heute gewahrt. Zur Zeit leben ca. 40 junge Menschen in diesen

Räumlichkeiten. Inzwischen hat die Hauseigentümerin, die Stadtmission, ein neues Gerichtsurteil vom 18.12.92, welches die Räumung der Häuser rechtfertigt. Die im Stadtjugendausschuß e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände sind der Meinung, daß die Bewohner der Häuser der Stephanienstraße 60-64 etwas erreicht haben, wovon Politiker allzuoft reden.

1. Es wurde billiger Wohnraum geschaffen in einer Zeit aktueller Wohnungsnost.

2. Es wurde für 40 junge Menschen ein Freiraum zur Entwicklung eines alternativen Lebenskonzeptes genutzt, der in wesentlicher Form die Selbstverantwortung der jungen Menschen stärkt.

3. Es wurden nichtkommerzielle politische und kulturelle Veranstaltungen durchgeführt.

Die im Stadtjugendausschuß e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände sehen hierin im weiteren Sinne ein Projekt, das dem 8. Jugendbericht der Bundesregierung unter dem Stichwort „Individualisierung von Lebenslagen und Pluralisierung von Lebensentwürfen“ entspricht und als solches jugendpolitisch förderungswürdig erscheint. Aus diesem Grunde sehen die Jugendverbände das Projekt „Steffi“ als eine wichtige jugendpolitische Bereicherung unserer Stadt, die erhalten bleiben soll.

Die Jugendverbände fordern die Hauseigentümerin, die Stadtmission, auf, von der Räumung abzusehen und fordern die politisch Verantwortlichen zur Unterstützung des Erhaltes des Projektes „Steffi“ auf.

Am 3. April demonstrierten ca. 250 vor allem junge Leute für den Erhalt des unabhängigen und selbstorganisierten Zentrums in der Stephanienstraße: „Die Stadtmission gibt vor, nach der Räumung hier Altenwohnungen bauen zu wollen. Es gibt aber weder Baupläne noch eine Finanzierung des Projektes. Trotzdem sollen wir aus den Häusern raus, die danach abgerissen werden sollen. Die Stadtmission versucht, die Räumung mit gezielten Fehlinformationen vorzubereiten und zu legitimieren. So behauptet z.B. der Anwalt des Stadtmission, Klaus Schroth, gegenüber Pressevertretern, die HausbewohnerInnen hätten noch andere Wohnungen zur Verfügung.“ — (map)



Bericht: Linke Opposition in Baden-Württemberg

Stuttgart. Am 28. März fanden sich knapp fünfzig Leute zum zweiten Treffen Linke Opposition in Baden-Württemberg zusammen. Als Gast von der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste nahm Andrea Lederer teil.

Die Arbeitsgruppen setzten ihre Diskussionen fort. Trotz Klärungsbedarfs gibt es soviel gemeinsame inhaltliche Grundlagen, um nach außen auftreten zu können. Die Versammelten beschlossen, zu der DGB-Aktion (voraussichtlich am 24. April in Stuttgart) ein Flugblatt zu den Themen Massenentlassungen, Abwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen, Ab- und Umbau des Sozialstaates zu erstellen. Ebenfalls soll versucht werden, gegen die einschneidenden Grundgesetzänderungen bei Asyl, Bundeswehreinsetzung, Lauschangriff u.a. gemeinsam an die Öffentlichkeit zu gehen.

Was die Wahlen 1994 angeht, bestand wahrscheinlich bei allen Anwesenden der Wunsch, daß die PDS/Linke Liste wieder in den Bundestag einziehen kann. Differenzen bestehen jedoch, wie das wirkungsvoll geschehen soll.

Die Vorbereitungsgruppe hatte geschrieben, daß sich ein Wahlbündnis bilden soll, das „zu einer gemeinsamen inhaltlichen Aussage kommen“ muß, das sich stützt „auf die vielfältigen Bewegungen und Initiativen, die vor Ort Widerstand leisten gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Politik“, in dem

alle „gleichberechtigt und demokratisch“ zusammenwirken, in dem nicht durch Parteien entschieden wird, sondern von denen, die am Bündnis teilnehmen. Und zur Form hieß es: „Ohne uns damit schon endgültig festlegen zu wollen, halten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Kandidaturform einer offenen linken Liste der PDS mit Kandidaten, die vom Bündnis getragen werden, für am sinnvollsten.“

Dagegen gab es von einigen Mitgliedern der PDS/Linke Liste Bedenken. In einer schriftlichen Kritik hieß es: „Wer sich heute noch zu den Deformationen des Stalinismus bekennt, der/die sollte tatsächlich eigenständig kandidieren.“

Die Versammelten hielten es angesichts solcher Bedenken nicht für angebracht, den Vorschlag der Vorbereitungsgruppe zu verabschieden. Stattdessen wird jetzt die Landesmitgliederversammlung der PDS/LL gebeten, eine offene Liste zu ermöglichen, auf der Personen kandidieren können, die von einem linken Wahlbündnis getragen werden und die Zustimmung der PDS/LL finden. Dieser Beschluß fand bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen Zustimmung.

Die Vorbereitungsgruppe wurde beauftragt, nach der Beschlußfassung der PDS/LL (deren Landes-MV findet voraussichtlich am 15. Mai statt) ein weiteres Treffen Linke Opposition in Baden-Württemberg durchzuführen. — (alk)

Jungheinrich-Standort in Gefahr

Hamburg. Seit Februar 1993 wird verstärkt an den Fertigungs-Standorten des Gabelstapler-Herstellers Jungheinrich in Norderstedt und Hamburg kurzgearbeitet. Zuerst an vier Freitagen. Im März und April an bis zu acht vollen Arbeitstagen. Für Mai sind sechs Tage beantragt.

Nun ist im Zusammenhang mit der für den 28. April angesetzten Aufsichtsratsitzung zu befürchten, daß der gesamte Standort Hamburg-Wandsbek platt gemacht werden soll. Entsprechende „Szenarien“ werden seit der letzten Aufsichtsratsitzung im Februar halböffentlich gehandelt: Für den Fall, daß der Auftragseingang im Neugeschäft um jeweils 5 %, 10 % oder 15 % zurückgeht.

Bezugsbasis ist dabei die Planung 1993. Diese setzt aber auf ein Zahlenwerk auf, das den Planzahlen des Jahres 1989 entspricht, also dem Jahr vor dem großen Boom durch den Anschluß der DDR. Allerdings ist der Vorstand der Auffassung, daß es sich beim derzeitigen Einklinken des Auftragseinganges nicht um eine vorübergehende Situation handelt. Es handele sich vielmehr um eine Rezession, die im Vergleich zur Konjunkturkrise 1982 dadurch gekennzeichnet ist, daß im Osten ein Arbeitsmarkt auf hohem technologischem Niveau zu Fernosttarifen sich den Kapitalisten aufgetan hat.

Damit sind ihnen im Grunde alle Fer-

tigungsstandorte in Deutschland „zu teuer“; allen voran natürlich die Standorte in Norderstedt und Hamburg. Entsprechende Handlungsvorschläge werden in den Szenarien gemacht: Bei 5 % Rückgang der Aufträge wird noch mehr Kurzarbeit eingeführt; wenn das nicht hilft, wird die Belegschaft „sozialverträglich“, d.h. mit Abfindungsregelungen abgebaut. Bei 10 % Einbußen beim Auftragseingang sollen die Fertigungsanlagen intensiver genutzt werden.

Das bedeutet für die Belegschaft: Flexibler arbeiten und Einführung von zwei bzw. drei Schichten und — Schließung und eventuelle Zusammenlegung von Fertigungsstandorten. Dabei ist, so hört man, in der Überlegung, ob die Fertigung der großen Systemgeräte z.B. nach Norderstedt oder gar nach Gaggenau im Schwarzwald zu Dambach Industrieanlagen verlagert werden soll. Dort bei DIA läßt Jungheinrich seit langem spezielle Systemfahrzeuge wie Kommissionierer fertigen und sogar entwickeln. Darüber hinaus ist offensichtlich angeordnet, die gesamte Jungheinrich-Zentrale mit Verwaltung usw. aus Wandsbek wegzuverlagern. Es geht dabei um rund 600 KollegInnen.

Bei 15 % und mehr Einbruch im Auftragseingang ist dann vollends die Katastrophe da, und alles muß ohnehin neu überdacht werden.

Um nicht nach gefähten Beschlüssen durch den Vorstand vor vollendete Tat-

sachen gestellt zu werden, hat der Betriebsrat mit einem Plakat den Vorstand aufgefordert, zu diesen Gerüchten bzw. Überlegungen Stellung zu beziehen und vor einer Vorstandsentscheidung, die ja dann dem Aufsichtsrat als Beschlußvorlage zur Genehmigung vorgelegt werden muß, mit dem Betriebsrat zu erörtern, wie der Standort erhalten werden kann: „Mit großer Sorge müssen wir feststellen, daß sich die auf der letzten Betriebsversammlung am 23.2.93 vom Vorstand dargelegten Überlegungen über drastische Rationalisierungsmaßnahmen bis hin zur Vernichtung aller Arbeitsplätze in Wandsbek immer mehr verhärten und zwar auch für den Fall, daß sich die befürchteten Einbrüche im Auftragseingang nicht einstellen.“

Am vergangenen Freitag hat der Vorstand auf einer Versammlung geäußert, er wolle im April eine grundsätzliche Entscheidung treffen.

„Panikmache“ war sein Vorwurf in Richtung Betriebsrat. Aber zu dem geforderten Gespräch mit dem Betriebsrat war er bislang nicht bereit. Inzwischen läuft über den IG Metall Vertrauenskörper die Information der betrieblichen und außerbetrieblichen Öffentlichkeit an.

Für den 20. April ist vom Betriebsrat eine zusätzliche Betriebsversammlung angesetzt worden. Still, duldsam und pflegeleicht wird sich diese Belegschaft nicht verabschieden! — (hel)

Kurz berichtet

Demonstrationen gegen die unsoziale Senatspolitik

Berlin. Mehrere Tausend Beschäftigte der Bezirksämter folgten am 1. April dem Aufruf der ÖTV zur Demonstration während der Arbeitszeit gegen die Privatisierungspläne des Senats. „Fast jede 2. Stelle im Reinigungs-, Küchen- und Wäschereidienst der Berliner Bezirksämter soll bis 1997 gestrichen werden! Der Senat spart auf Kosten der Frauen, auf Kosten der schlecht bezahlten Arbeiterinnen... Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, für die Kinder in den Kindertagesstätten und Kinderheimen, für die Bewohnerinnen und Bewohner in Senioren- und Feierabendheimen bedeutet dies eine erhebliche Verschlechterung der Leistungen!“ — heißt es im Aufruf der ÖTV.

Nachmittags demonstrierten etwa 5000 Kita-Beschäftigte, Eltern und Kinder gegen das beschlossene Kita-Kosten-Gesetz (vgl. *Pol. Berichte* Nr. 7/93). Der Vorsitzende der GEW forderte einen Festbetrag, der unter dem gegenwärtigen Durchschnittsbetrag von 78,50 DM liegen sollte. — (har)

„Mobilmachung“ an den Ostgrenzen

Die faktische Abschaffung des Asylrechts bedingt eine weitgehende Kontrolle der Grenzen. Um den notwendigen Druck auf Polen und die CSR zu entfalten, sich zu sogenannten „sicheren Drittstaaten“ zu entwickeln, wird in den deutschen Grenzregionen ein neuartiges Grenzregime eingeführt. Mit der Einstellung von 1500 „BGS-Unterstützungskräften“ wird eine politische Mobilisierung gesucht, die weit über das Personal hinausgeht. Bereits Anfang März hatten sich über 4000 Menschen beworben. Der Leiter der Auswahlkommission charakterisiert sie so: „70 bis 80 Prozent sind arbeitslos, die anderen identifizieren sich mit der politischen Situation an der Grenze und haben sich das echt vorgenommen, die illegalen Grenzübertritte zu beenden.“ Die Aktion des BGS schürt Engagement und schafft eine Art „Volkssturm“ in den Grenzorten. Der *Tagesspiegel* befragte Bewerber. Eine 32-jährige aus Eisenhüttenstadt will ihre Situation verbessern „und was tun, damit nicht so viele Ausländer kommen“. Eine 32-jährige Sekretärin will vom Schreibtisch weg. Außerdem: „So geht es nicht weiter, tagtäglich kommen die Ausländer und bekommen dann Geld in den Rachen geschmissen.“ Ein 29-jähriger Bauarbeiter: „Ich hab meinen Job, aber beim BGS werde ich dafür sorgen, daß kein polnischer Schlepper mehr meinen Garten ausräumt. Und außerdem will ich nicht, daß hier noch mehr polnische Fremdarbeiter einsickern, die billiger sind als wir.“

Ab 5. April werden die ersten Unterstützungskräfte in sechswöchigem Lehrgang ausgebildet. Die „Greiftruppe“ sind mit BAT VIII (Ost) relativ billig. *Tagesspiegel* vom 4. 3. 93 — (ard/har)

Tarifrevision Ost auch in der Stahlindustrie

In die laufenden Auseinandersetzungen der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie hinein haben jetzt auch die Verbände der ostdeutschen Stahlindustrie den laufenden Stufentarifvertrag außerordentlich gekündigt. Bedeutung hat dies vor allem für Brandenburg, weil im wesentlichen nur dort Stahlstandorte existieren. Die Stahlwerker von Hennigsdorf haben sich deshalb auch geschlossen an den Aktionen der IG Metall in den ersten Apriltagen beteiligt. Insgesamt ist die Beteiligung an den ersten Warnstreikaktionen außerordentlich gut gewesen. — (br)

„2 Staaten, 2 Paktsysteme und ihre Grenze“

Eine Broschüre zur Geschichte, mit Standpunkten und Dokumenten, herausgegeben von Hans Modrow, Stefan Doernberg u.a. Aus anderer Sicht als die „Sieger“, den Regierenden der Alt-BRD, wird versucht, ein Stück Geschichte aufzuarbeiten. Einleitend schreibt Modrow: „Offensichtlich begreifen sie nicht... daß sie mit der Konstruktion „Unrechtsstaat“ nur fortsetzen, was über Jahre geschehen ist. Jede Seite... hatte ihr Feindbild“. Die Autoren analysieren den Weg der Spaltung und sagen, wer sie betrieben hat. Umrisen wird die politische und militärische Situation im Jahre 1961 vor den Geschehnissen um den 13. August. Geschildert wird die äußerst komplizierte Situation an der Grenze DDR und BRD und vorgenommen wird ein Vergleich der Schußwaffenbestimmungen der beiden deutschen Staaten.

Vorgenommen wird eine Wertung des Einigungsvertrages aus völkerrechtlicher Sicht. Ergänzt wird diese Betrachtung durch die Schlußfolgerung, daß kein Staat das Recht hat, seine Gesetzgebung und Rechtsprechung auf andere Staaten auszudehnen.

Abschließend wird die Rechtslage beurteilt in Bezug auf Handlungen, die den ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR sowie Staatsfunktionären als strafwürdige Handlungen vorgeworfen werden.

Modrow formuliert in der Einleitung: „Keineswegs besteht die Absicht, tragische Geschehnisse, die tödlichen Schüsse an der Grenze zu rechtfertigen.“ Er verweist aber auch auf den Mord an DDR-Grenzsoldaten und schlußfolgert: „Schlimme Auswirkungen des kalten Krieges, der tiefen Spaltung Deutschlands und Europas gab es auf beiden Seiten“.

Die Broschüre ist eine Auseinandersetzung mit der praktizierten Geschichtsbetrachtung. Sie prangert die Einseitigkeit „des letzten Wortes der Geschichte“ an und verurteilt, daß die Justiz der Alt-BRD Handlungen strafrechtlich verfolgt, die nach den Gesetzen der souveränen, völkerrechtlich anerkannten DDR legal waren. Eine Neuerscheinung, die nachhaltig auf geschichtliche Realitäten hinweist und die Verzerrungen entlarvt. — (abe)

Im Dezember Kommunalwahlen in Brandenburg

Wahltermin 5. Dezember

Nach wochenlangen Tauziehen steht es nun fest: Im Land Brandenburg werden vor Ablauf der Legislaturperiode Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen sowie der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten am 5. Dezember 1993 durchgeführt. Der Weihnachtsmann freut sich, denn mit dieser Entscheidung Ende März hat die Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90 den Brandenburgern eine schöne Weihnachtsbescherung bereitet. Gebannt werden vor dem großen Wahljahr 1994 die Augen auf den Gabentisch in Brandenburg gerichtet sein. Brandenburg — ein Bescherungstest!

Spricht man heute über Brandenburg, so meint man Stolpe, Koalitionskrise, Niedergang in Industrie und Landwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit. Auch die kommenden Blütenfeste in der Obststadt Werder werden nicht soviel Glanz verbreiten können, um die nüchterne Wirklichkeit zu verschönern. Das Land steht vor riesigen Problemen — und die Regierungskoalition ist nicht in der Lage, sie allein zu lösen.

Bezeichnend für die Situation im Lande ist z. B. der Streit um den Entwurf des Wasserschutzgesetzes des Umweltministeriums. Minister Platzeck (Bündnis 90) strebt mit ihm einen strengen Gewässerschutz und die Einführung einer Wassernutzungsgebühr an. Ministerkollegen der SPD charakterisieren den Entwurf als „Ermächtigungsgesetz“ und betrachten ihn als „Investitionshindernis schlimmster Art“ für die ohnehin schon schwer angeschlagene Industrie und Landwirtschaft. Einziger Kommentar von Seiten des Bündnis 90: „Festgefahren“. Streit in der Koalition, harte verbale Auseinandersetzungen mit der CDU-Opposition und keine positiv zu verbuchenden Ergebnisse für die Koalitionsparteien, insbesondere für die Brandenburger SPD. Die PDS hat nicht unrecht, wenn sie wie Lothar Nicht, Geschäftsführer in Brandenburg, im Dezember einschätzte, daß „die Regierung Stolpe auf wesentlichen Feldern... ihre Hausaufgaben nicht gemacht und versagt hat.“ Vielleicht ist so die Eile zu erklären, mit der die SPD auf Durchführung der Wahlen noch 1993 drängte. 1994 sind die Wähler hellwach. Auch die Folgen der vorhandenen Misere werden sich bis dahin stärker ausprägen. Nach Meinungsumfragen stehen die Wähler jetzt noch zur SPD. Sie hat noch den Stolpe-Bonus und kann auf die Annahme einer durchaus positiven Verfassung des Landes während ihrer Amtszeit verweisen. Aber Alternativen sind in Brandenburg gefragt.

Stahl- und Metallarbeiter des Landes, rund 15000, nahmen an den Warnstreiks teil und legten Ende März die Arbeit nieder. Das Präsidium des Landesbauernverbandes Brandenburg erklärt, daß die Bodenreform nicht in Frage gestellt werden darf und alle Eigentumsformen in der Landwirtschaft günstige Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften haben müssen. Bürger schließen sich zusammen, um gegen die Folgen einer ohne Bürgerbeteiligung und Funktionalreform im Landtag durchgepeitschten Kreisgebietsreform zu protestieren. Proteste werden laut, wenn ohne Öffentlichkeit das neue umstrittene Kommunalwahlgesetz gegen die Stimmen der PDS im Landtag verabschiedet wurde.

Die PDS in Brandenburg

Sie steht in Brandenburg in der Verantwortung. Mit über 1600 Abgeordneten in den Kommunen und mit einer starken Fraktion im Landtag verfügt sie über nicht geringe Einflußmöglichkeiten. Als Partei spielt sie auch im Alltagsleben eine nicht unwesentliche Rolle. Ihre Meinung ist gefragt und an der Basis existiert in den Kommunen durchaus eine vernünftige Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Parteien. Selbst wenn das die Parteiobere der SPD oder CDU nicht wollen und nach wie vor heftige Angriffe auf die PDS gefahren werden, lassen die Probleme andere Heransgehensweisen nicht zu. Vielerorts sind die schärfsten Kritiker der PDS als „Nachfolgeorganisation der SED“ schon längst aus ihren Funktionen wegen Unfähigkeit abgelöst. Geblieben sind die

PDS-Vertreter in den Kommunen, die nach Lösungen suchen und konstruktive Vorschläge unterbreiten. Die PDS ist bestrebt, ihre Politik an den Interessen der halben Million Erwerbslosen, der Stahlarbeiter und der Bauern in den Agrarregionen zu orientieren. Ihre Opposition im Landtag und in den Gemeinden ordnet sich dieser Zielstellung unter. Außerparlamentarischer Kampf vor Ort wird mit den Aktivitäten der PDS in den Parlamenten verbunden. Mögliche Lösungen bieten sich in einer echten Verknüpfung von Mitgestalten und fundamentaler Kritik der Regierungspolitik an. Gemeinsam mit allen dazu bereiten Kräften geht es vor allem um die Abwehr des Bonner Crash-Kurses in allen Lebensbereichen. Der existierende Raum für eine linke Programmatik muß ausgefüllt werden. Die PDS Brandenburg will sich dieser Aufgabe stellen.

Der im Januar 1993 in Neuruppin durchgeführte Landesparteitag beschäftigte sich deshalb schon einmal prognostisch mit dem Rahmenwahlprogramm für Brandenburger Kommunalwahlen. Die PDS ist mit diesem Programm die erste Partei im Lande, die sich mit „Vorschlägen, Ideen und Forderungen für Brandenburg“ zu Wort meldete, während sich alle anderen Parteien noch um Stasi-Vorwürfe, neue Kreisstädte und zukünftige Posten streiten und die Regierungskoalition weiter in inneren Streitigkeiten verfangen ist. Die PDS ist bereit, im Land und in den Kommunen Verantwortung zu übernehmen und erklärt: „Wir nehmen jedoch für uns, die wir in der vergangenen Legislaturperiode als kritische, konstruktive Opposition tätig und anerkannt waren, in Anspruch, Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Regierenden und Politikansätze der anderen Oppositionsparteien kritisch zu hinterfragen. Wir wollen mit unseren alternativen Vorschlägen und Angeboten einen möglichen Ausweg aus der sozialen und ökonomischen Krise in Brandenburg aufzeigen“ (aus dem Rahmenwahlprogramm für die Kommunalwahlen, beschlossen auf dem Landesparteitag der PDS Land Brandenburg im Januar 1993).

Kommunale Selbstverwaltung

Da geht es zuerst um die durch das Grundgesetz garantierte Selbstverwaltung der Kommunen. Realistisch betrachtet, steht diese kommunale Selbstbestimmung nur auf dem Papier. Alle für das Land wichtigen Entscheidungen wurden bisher ohne Bürger und Beteiligung der Kommunen im Landtag durchgesetzt. Schließlich entscheidet Bonn zentralistisch über alle wesentlichen Fragen, besonders über die Finanzen. Die Brandenburger Kommunen sind arm wie Kirchenmäuse (Kommunen in Brandenburg haben nur etwa 1/5 der Einnahmen von Kommunen in den alten Bundesländern). Die Hoffnung auf die Ansiedlung großer Unternehmen und die so entstehende Möglichkeit von Steuereinnahmen erfüllte sich kaum, denn schon aus steuerlichen Gründen rechnen die Westunternehmen im „Mutterland“ ab. Steuern werden in den Brandenburger Kommunen bis jetzt kaum eingenommen.

Um dem weiteren Niedergang der Kommunen entgegenzuwirken, erhebt die PDS die Forderung nach tatsächlicher Bürgermitbestimmung, ist sie gegen den Demokratieabbau in den Kommunen und gegen die von oben angeordneten Reformen zur Bildung von Amtsgemeinden und gegen die undemokratische Kreisneugliederung. Es wurden neue Strukturen geschaffen, ohne vorher ihren konkreten Inhalt festgelegt zu haben. Das Chaos ist groß; es gibt keine Konzepte seitens der Regierungskoalition. Die PDS lehnt deshalb auch die aus parteipolitischen Erwägungen favorisierte Direktwahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte ab. Sie will die direkte Wahl der vielen ehrenamtlichen Bürgermeister in den Gemeinden, die es mit der Kreisgebietsreform nun geben wird. Mit dieser von der Regierungskoalition durchgesetzten Kreisgebietsreform vergrößert sich der Abstand Bürger-Verwaltung. Die PDS sieht in der Stärkung der gewählten Vertretungen als oberste Willensbildungs- und Beschlußorgane ein wesentliches

Gegengewicht gegen den eingeleiteten Prozeß des Zurückdrängens der Bürgermitbestimmung. Neben anderen Fragen wie Transparenz, Kontrollrechten der Wahlvertretungen, parteiübergreifende Kommunalpolitik fordert die PDS eine Neuordnung der Finanzausstattung der Kommunen, weil sie eine wesentliche Voraussetzung für die kommunale Selbstverwaltung ist. Die PDS brachte aus diesen Gründen im Januar den Entwurf einer neuen Kommunalverfassung in den Landtag ein, der zuvor mit zahlreichen Kommunalvertretern aus Gemeinden, Bürgermeistern und Landräten diskutiert wurde.

Politische Rahmensetzung für Industrie und Landwirtschaft

Die Kolonisierung des Ostens hat zur fast völligen Stilllegung aller im Lande Brandenburg existierenden industriellen Standorte geführt. Das Regierungskonzept zum Erhalt industrieller Kerne, wenn es denn überhaupt eins gegeben hat, erwies sich als untauglich und nutzlos. Das Land Brandenburg steht an der Schwelle des Rückfalls in eine ausschließlich agrarische Region. Die PDS tritt für die Erhaltung der industriellen Kerne ein und fordert eine politische Rahmensetzung: Förderung kommunaler Wirtschaftstätigkeit, Schaffung von Strukturentwicklungsgesellschaften, effiziente Nutzung von Gewerbegebieten und vor allem Mittelstandsförderung. Das kann nur über die Zuführung zweckgebundener Investitionen an die Kommunen erreicht werden, womit deren Kompetenzen wesentlich erhöht werden müssen. Die PDS will der Arbeitslosigkeit mit dem Ausbau und der Förderung kommunaler Betriebe und Einrichtungen entgegenwirken. Denn große Unternehmen beweisen keine Einsicht in die Notwendigkeit des Erhalts von Arbeitsplätzen. Arbeitsplätze können auch nach Meinung der PDS vor allem durch den Mittelstand geschaffen werden. Aber auch hier existieren wesentliche Hindernisse: Es mangelt an der Unterstützung des Mittelstandes. Gewerbemieten liegen sehr hoch (bis zu 130 DM/m) und zu hohe Bodenpreise engen den Spielraum mittlerer und kleiner Betriebe sehr ein. Die PDS unterstützt deshalb auch die Forderung, den Gemeinden ihr ehemaliges Eigentum an Grund und Boden zurückzugeben und kommunale Betriebe anzusiedeln.

Überhaupt ist die Eigentumsfrage eine offene Wunde. In fast allen Gemeinden, besonders aber stark ausgeprägt in den Berlin nahen Kreisen, spielen Rückübertragungsansprüche von Alteiligentümern eine große Rolle. In manchen Gemeinden, z. B. in Wandlitz mit ca. 3000 Einwohnern gibt es ca. 1000 Anträge, ist es das beherrschende Thema. Die PDS tritt für eine Novellierung des 2. Vermögensänderungsgesetzes ein und ist für einen tatsächlichen Interessenausgleich zwischen heutigen Mietern, Pächtern und Alteiligentümern und die Umkehrung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“. Entschieden wendet sich die PDS auch gegen die Umkehrung der Ergebnisse der Bodenreform und gegen eine Ankaufofforderung landwirtschaftlicher Flächen für ehemalige Großgrundbesitzer.

Parteiübergreifende Lösungen

Es steht ein harter Wahlkampf bevor. Die CDU, als Oppositionspartei im Lande Brandenburg, tut alles, um eine erneute Wahlniederlage zu verhindern. Aber auch sie hat kein Konzept. Und wer von den Brandenburgern wünscht sich noch mehr Ulf Finks im Land? FDP und Bündnis 90 haben große innere Probleme und sind Parteien ohne Mitglieder. Die SPD „stolpert“ vor sich hin und ringt ums personelle Überleben in den Kommunen und Gemeinden.

Die PDS versucht, im Interesse der Bürger Sachfragen in den Mittelpunkt zu stellen. Ihre Meinung und ihre Ideen sind gefragt. Ihr Problem ist es, diese die Bürger heranzubringen. Sie setzt offene Listen und strebt in den Kommunen parteiübergreifende Lösungen im Bürgerinteresse an. Sie sagt: Nur in gemeinsamer Anstrengung sind die Probleme des Landes Brandenburg zu lösen. In Brandenburg geht es ums Überleben. — (abe)



Der Streit um Erhalt oder Abriß des Palastes der Republik in Ostberlin ist erneut entbrannt. Vor einem Jahr noch sollte das zu DDR-Zeiten abgerissene Stadtschloß rekonstruiert werden. Jetzt will Kinkel an dieser Stelle einen Neubau für das Auswärtige Amt. Befürworter und Gegner gibt es in allen Parteien. In einer Umfrage von Anfang des Jahres haben sich 38% der Berliner für den Erhalt des Palastes ausgesprochen, in Ostberlin waren es 66%. Viele befürchten eine Verödung der Stadtmitte durch die zu erwartenden strengen Sicherheitsvorkehrungen. Die Sanierung des vor zwei Jahren wegen Asbest geschlossenen Palastes (die Gutachten sind noch immer nicht veröffentlicht) beläuft sich nach Schätzungen auf 80 bis 350 Mio. Mark. Der Abriß allein soll bis zu 700 Mio. kosten. Bild: PDS-Demonstration gegen den Abriß am 28. 3. 93 — (har)

Verfolgte ohne Heimat Zur Geschichte der Sinti und Roma

„Literatur zu Sinti und Roma gibt es in den alten Bundesländern doch schon viel!“ — höre ich aus, wie ich denke, be-rufenem Munde, als ich unser Vorhaben, eine Broschüre zu diesem Thema zu machen, ankündigte. Aber, so argumentiere ich, es gäbe in den neuen Bundesländern kaum etwas dazu. Und gerade hier ist das Thema „brand“-aktuell. Wer weiß denn bei uns etwas über die Geschichte der Sinti und Roma, woher sie kommen, wohin sie wollen, warum sie „umherziehen“, heute noch! Das Vorurteil über „Zigeuner“ ist im Osten Deutschlands (und sicher nicht nur hier) verfestigt, auch bei Linken und (manchmal besonders stark — man verfolge die Asyldebatte) bei Teilen der PDS. Wir erachteten es also für dringend notwendig, auf dieser Strecke Informationen anzubieten und waren dankbar für den Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig, in der Reihe „Texte zur politischen Bildung“ eine Broschüre mit dem Titel „Verfolgte ohne Heimat — Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma“ zu drucken.

Kürzlich strahlte der Mitteldeutsche Rundfunk seine Fernseh-Talk-Show „Espresso“, gesendet aus der Moritzbastei in Leipzig, hergestellt in Gera, zum selbigen Thema aus. Miserabel vorbereitete Moderatorinnen, die schon Schwierigkeiten hatten mit dem Aussprechen von „Sinti“ und „Roma“ — sie versuchten es deshalb gleich mit „Zigeuner“, stellten dümmliche Fragen und gleich zu Anfang fest, daß es ja kaum Informationen zum Thema gäbe. Mein Anruf beim Sender mit dem Hinweis, daß wir an fast alle Medien und so auch an den MDR Rezensionsexemplare verschickten und man doch wohl auf dieses Informationsmaterial hätte hinweisen könne, erwies sich als sinnlos, da laut MDR kein Eingreifen in die Sendung möglich wäre. Mag sein, mag auch sein, daß die Kommunikationswege beim MDR recht verschlungen sind, so daß nicht immer alles dort ankommt, wo es ankommen soll. Daß aber nicht eine Zeitung von ND über Junge Welt, Spiegel, Leipziger Volkszeitung, Sächsische Zeitung und Freie Presse Chemnitz nur eine Notiz über diese Broschüre gebracht hat, wundert doch sehr. Zumal weder Verlag noch Stiftung mit dem Verkauf der Schrift Geld machen könnten. Nein — diese Broschüre wird umsonst verteilt! Ist es Desinteresse, Bequemlichkeit, oder ist der Name der Stiftung/des Verlages negativ belegt? Man sollte doch meinen, daß allein die Brisanz des Themas eine Notiz rechtfertigen würde.

Die Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig — „Texte zur politischen Bildung“ — vereint empirische Sozialuntersuchungen zum ökonomischen, po-

litischen und mentalen Wandel im Osten Deutschlands mit Analysen zu unterschiedlichen historischen Themen.

Joachim S. Hohmann und Reimar Gilsenbach veröffentlichten in der vorliegenden Broschüre Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Tsiganologie („Zigeunerkunde“). Joachim S. Hohmann, geboren 1949, lehrte bis Februar 1992 an der Fachhochschule Fulda die Fächer Kulturanthropologie und Politische Wissenschaft. Seit zwei Jahrzehnten arbeitet er auf dem Gebiet der historischen Sozialforschung, insbesondere dem der Minderheiten und Randgruppenproblematik. Zahlreiche Veröffentlichungen sind seither von ihm erschienen. Ihm verdankt die Broschüre den Exkurs in die Geschichte des Altertums. Denn bereits hier spielen Zigeuner als Erfinder der Metallurgie, fahrende Handwerker und Künstler eine bedeutende Rolle. Hohmann beschreibt die Geschichte der vorchristlichen Zigeunerstämme als mythenreich und fluchtbewegt. Verfolgt wurden sie seit Anbeginn. In den vergangenen Jahrhunderten finden Zigeuner vielfach in Verbindung mit anderen stigmatisierten und verfolgten Minderheiten Erwähnung. Zusammen mit Hexen und Zauberern wurden sie als Ketzer gefangen, gefoltert und ermordet. Dies erinnert an die jüngere Geschichte, die Verfolgung der Sinti und Roma im Dritten Reich. „Die Verfolgungsgeschichte der Zigeuner im NS-Staat ist trotz der beschriebenen Nachstellungen und Ausgrenzungen in den zurückliegenden geschichtlichen Epochen singular in dem Sinne, daß Zigeuner im Laufe der faschistischen Gewaltherrschaft zu Opfern eines bürokratisch geplanten Genocids wurden.“ Wie bürokratisch und „wissenschaftlich“ dieser Genocid betrieben wurde, wird am Beispiel des Leiters der Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle am Reichsgesundheitsamt und des Kriminalbiologischen Instituts der Sicherheitspolizei, Robert Ritter, dargestellt. Dieser „Experte“, der für die Vertreibung und Ermordung einer großen Zahl Zigeuner mitverantwortlich ist, wurde nach 1945 nicht etwa vor Gericht gestellt und verurteilt, sondern statt dessen als beamteter Arzt in höherem Rang in den Dienst der Stadt Frankfurt/M. übernommen und arbeitete dort als Jugendpsychiater. Seine engste Mitarbeiterin Eva Justin blieb bis zu ihrem Tod Mitte der 60er Jahre als Psychologin Angestellte der Stadt Frankfurt/M. und war zeitweilig auch als Gutachterin von Zigeunern und „schwierigen Jugendlichen“ tätig. „Anders als im Falle des Vernichtung preisgegebenen Judentums hat man im Westdeutschland der Nachkriegszeit gegenüber Zi-

geunern keinerlei Schuldbewußtsein bekundet... So fehlt ihnen bis heute in den meisten europäischen Ländern dies alles: Anerkennung als vom Faschismus Verfolgte, finanzielle Entschädigung, moralische Rehabilitierung und die Schaffung einer ökonomischen Grundlage zu ihrer weiteren Existenz.“

„In der DDR... stand der Antifaschismus hoch im Kurs. Zumindest, wenn man den Worten unserer Oberen trauen durfte. Sie haben den Antifaschismus zur Staatsdoktrin hinaufagitiert, aber zugleich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aufgelöst. Sie haben Widerstandskämpfer, mit denen sie Staat zu machen suchten, auf den Sockel amtlich beglaubigten Helden-tums gehoben und zugleich jedes Opfer, das nicht in ihre Doktrin vom Antifaschismus paßte, totgeschwiegen. Sie haben an Gedenktagen pathetische Reden geschwungen, aber kein einziger von ihnen hat nur ein einziges Mal der ermordeten Sinti und Roma gedacht.“ — So Reimar Gilsenbach in einem Vortrag zum Symposium „Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau“ im Dezember 1991 in Oswiecim. Reimar Gilsenbach, Schriftsteller aus Brodowin bei Eberswalde, widmet sich seit den 60er Jahren der Geschichte der Sinti und Roma, insbesondere ihrer Verfolgung während der Nazizeit. In der DDR-Presse erschienen von ihm nur einige kleinere Artikel, größere Arbeiten vor allem in Zeitschriften der BRD. In seinem Vortrag „Wer wußte was? Wer will nichts wissen?“ — Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben“ schildert er unter anderem seine Bemühungen, in der Geschichtsforschung der DDR einen Platz zu finden für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen, denen die „Zigeuner“ in der Nazizeit ausgesetzt waren. Gültig wohl für Ost und West sein Fazit: „Nicht im Sinne der Toten von Auschwitz, eher in der Denkstruktur ihrer Mörder liegt es, die Verfolgten in gute und schlechte Opfer aufzuspalten, in solche, die würdig sind, ihrer zu gedenken, und solche, die wir im Sumpf unseres Schweigens zu versenken haben. Humanismus ist unteilbar. Menschenrechte, sofern sie nicht für alle Menschen gelten, sind ein Widerspruch in sich selbst.“ — (Beate Roch)

Die Broschüre ist kostenlos (bitte 1,50 DM Porto beilegen) zu bestellen beim Rosa-Luxemburg-Verein e.V., Rosa-Luxemburg-Straße 19-21, O-7010 Leipzig.

Stahlkrise oder Krise des Kapitalismus

Der folgende Diskussionsbeitrag enthält über die aktuellen Bezüge zur Entwicklung in der Stahlindustrie hinaus Thesen zur gegenwärtigen politischen Situation in der ehemaligen DDR. Wir wollen damit die allgemeine programmatische Erörterung und die Diskussion um Konzepte bei der PDS und der gesamten Linken fördern helfen. Die konkrete Notstandssituation in der ehemaligen DDR erfordert natürlich konkrete Alternativen, andererseits provoziert diese Lage aber auch grundsätzliche Diskussionen. Der folgende Beitrag verhält sich zu dieser Debatte. — (Redaktion)

Der Kapitalismus steckt weltweit in einer Überproduktionskrise. Die Krise ist hausgemacht und nicht etwa durch den Zusammenbruch des realen Sozialismus hervorgerufen. Der Osthandel, besser die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten waren nie von wesentlicher Bedeutung für den Westen. Der Anschluß der DDR an die BRD hat für Deutschland ein paar Besonderheiten gebracht, die die Krise für Deutschland verschärfen, aber für die gesamte Krise des Kapitalismus nicht von ausschlagender Bedeutung sind. Der Wunsch von nicht wenigen Menschen in der ehemaligen DDR, besser zu leben, hat sich nicht erfüllt — im Gegenteil. Der Übergang vom realen Sozialismus zum Kapitalismus hat sie in eine Lage gebracht, die sie nicht für möglich gehalten hätten. Angst, soziale Unsicherheit, Kriminalität, Prostitution greifen um sich.

Im Osten Deutschlands bleibt der Propaganda noch die Möglichkeit, alles auf das kommunistische Erbe abzuschieben, im Westen — Frankreich, Australien, den USA usw. — geht das nicht.

Zwei Schlagzeilen in Deutschland erhitzen die Diskussion mehr als andere, die Kürzung bzw. wesentliche Einschränkung der ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und die Stahlkrise. Beide haben wesentlichen Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge und werden zu dauerhaften Veränderungen in der Wirtschaft und im Denken der Menschen führen. Die Krise wird durch die kapitalistische Marktwirtschaft hervorgerufen und nicht beseitigt. Der Markt in Verbindung mit dem Privateigentum bringt den Zyklus von Konjunktur und Krise hervor. Dieser Mechanismus ist, seit Marx sein Kapital schrieb, klar. Nur die Alternative, wie das Übel beseitigt werden kann, scheint im Nebel zu verschwinden. Marx ist tot, es lebe Jesus hat ein Minister der BRD verkündet. Mal sehen, ob er recht behält. Die angebotenen Konzepte zur Überwindung der Krise werden, soweit sie zuerst auf die „Marktkräfte“ setzen, das Gegenteil des Gewollten herbeiführen.

Die Devise dieser Konzepte heißt sparen! Übrigens nicht für alle. Die Dividende und die Zinsen steigen, jede einigermaßen konkrete Statistik zeigt, daß die Ausgaben für Luxusgüter gestiegen sind und weiter steigen. Sparen um jeden Preis ist das falsche Signal. Die Leute haben kein Geld, die von ihnen produzierten Produkte zu kaufen. Das Argument lautete, wir müssen sparen und investieren, um die Produktion konkurrenzfähig zu machen. Da aber auf der ganzen Welt das gleiche Rezept zur Anwendung kommt, steht letztlich nur die Frage, ob die Franzosen, Amerikaner, Japaner oder Deutschen arbeitslos sind, der Konkurrenzvorteil des einen muß zwangsläufig zum Nachteil des anderen werden. Je mehr die Leute ihre Ausgaben beschränken, desto weniger mußte produziert werden. Ein Teufelskreis! Das ist alles nicht Neues, die zu erwartenden Folgen auch nicht!

Die Arbeitsbeschaffung hat in Deutschland schon einmal dazu geführt, die Arbeitslosen von der Straße zu holen. Die Maßnahmen waren vorher erdacht, wurden aber von den Nazis realisiert. Die, die heute gegen ABM sind, sollten sich die Geschichtsbücher mal etwas genauer ansehen, oder kennen sie das Ergebnis? Es geht aber nicht nur um ABM; von Mißbrauch der Sozialleistungen ist die Rede und von energischen Maßnahmen, dem entgegenzuwirken. Aber wenn schon von Mißbrauch die Rede ist, warum werden dann nicht die Unternehmer zur Kasse gebeten, die sich, sobald die Förderung vom Arbeitsamt für die Beschäftigung eines Arbeitslosen abgelaufen ist, seine Entlassung aussprechen und sofort einen neuen ein-

stellen. Oder solche, die Steuern in Milliarden-Höhe unterschlagen oder die, die ausländische Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen schwarz beschäftigen, um nur einiges zu nennen.

Nun zur sogenannten Stahlkrise. Stahlkrise ist ein schönes neutrales Wort. Der Stahl ist in der Krise, nicht der Kapitalismus? In Europa wird gemessen am technologischen Einsatz von Stahl, zu viel Stahl produziert, das ist nicht zu bestreiten. Die Kapazitäten sind zu groß, sie müssen, wie es heißt, gesund geschrumpft werden. Warum, so ist zu fragen, wird denn eine Überkapazität zur Produktion von Stahl geschaffen, wer trägt denn dafür die Verantwortung und wer die Folgen? Es gibt scheinbar nur zwei Antworten: Entweder die Marktwirtschaft ist schuld oder die, die in der Marktwirtschaft das Sagen haben. Daß die Marktwirtschaft in ihrer kapitalistischen Form falsch ist, dazu findet gegenwärtig keine Diskussion statt. Bei den Betroffenen regt sich jetzt Widerstand. Die Schließung von Stahlwerken greift tief in das Leben, die soziale Sicherheit, die sozialen Beziehungen ein. Letztlich sind von der Stahlkrise nicht nur die Stahlwerker, sondern die Gesellschaft als Ganzes betroffen. Der Widerstand gegen die Schließung von Stahlwerken und für die soziale Sicherung der Betroffenen hat der Politik keinen anderen Ausweg gelassen, als den Versuch zu machen, sich an die Spitze des sozialen Protestes zu stellen, um die Wogen zu glätten. Die Politiker und Gewerkschaftsführer, die zum Teil kapitalistischer sind als die Kapitalisten, stehen an der Spitze der Protestes und der Demonstrationen und gewährleisten vorläufig, daß der aufgestaute soziale Zündstoff nicht außer Kontrolle gerät. Schönhuber redet zur Überwindung der Krise von den Arbeitern und deren sozialen Rechten und beschreibt, wie die Politiker der Volksparteien ihren Urlaub verbringen. Das wirkt! Das deutsche Bürgertum sorgt vor für den Ernstfall. Falls die Probleme aus dem Ruder laufen, muß eine Notvariante her. Zu fragen wäre, was ist denn der Ernstfall? Der Ernstfall ist, wenn die bürgerliche Wirtschaftstheorie weiterhin keine Antworten auf die sich aufstauenden Probleme findet und die sozialen Ungerechtigkeiten sich spontan Platz schaffen. Davon sind wir bei genaueren Hinsehen gar nicht so weit entfernt. Die wirkliche Katastrophe besteht aber darin, daß die gesamte linke Bewegung, außer die Schuld der Kapitalisten ständig hervorzuheben, kein Konzept hat, auf die bestehenden und kommenden Probleme richtig im Sinne der Mehrheit der Gesellschaft zu reagieren. Die Blockierung von Straßen und Autobahnen ist kein Konzept, sondern maximal ein Überdruckventil und dazu ein schlechtes. Die sich jetzt abzeichnenden neuen Montagsdemonstrationen können mit der Forderung nach Arbeitsplätzen allein und der Sicherung des sozialen Besitzstandes auch wenig bewirken. Was gebraucht wird, sind Lösungen, die sich theoretisch wie praktisch beweisen und durchführen lassen. Die Situation heute in Deutschland wird von nicht wenigen, die es erlebt haben, mit der Weimarer Republik verglichen. An der Überlegung mag manches stimmen. Sie übersieht jedoch eine Tatsache. In der Weimarer Republik gab es eine Sozialdemokratische Partei und eine Kommunistische Partei, die, wenn auch mit Unterschieden, einen großen Teil der Bevölkerung hinter sich hatten. Heute gibt es praktische keine solche politische Kraft. Die Deutsche Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Partei und die Kommunisten haben durch ihren bornierten Stalinismus, der praktisch bis zum Zusammenbruch des realen Sozialismus in ihren Reihen wirkte, praktisch jeden politischen Einfluß verloren. Durch diese und andere Umstände ist das wesentlichste für die Veränderung der Gesellschaft verloren gegangen — der Marxismus als Theorie. Falls die linke Seite nicht bald zum Marxismus zurückfindet, wird es einen Ruck zum Nationalismus, zur Überbetonung allgemeiner ethnischer Probleme und zu religiös geprägten politischen Strömungen geben müssen. Es ist stark zu bezweifeln, daß das auf der linken Seite so gesehen wird. Leider vollzieht sich die Entwicklung nach ihren eigenen Regeln, und wer das nicht sehen will, wird es in absehbarer Zeit spüren! — (WT)

Berliner Polizei mißhandelt ausländische Menschen

Durch eine Sendung im ZDF-Magazin „Kennzeichen D“ am 9.3.93 wurden mehrere Mißhandlungen an ausländischen Menschen durch Polizeibeamte bekannt. Aufgrund dieser Sendung und Veröffentlichungen dazu in der Presse kam es zu weiteren Anzeigen gegen Polizeibeamte. Insgesamt soll die Staatsanwaltschaft mittlerweile in sechs Fällen ermitteln. Aus den Presseberichten ist zu entnehmen, daß diese Mißhandlungen schwerpunktmäßig auf den Wachen im Polizeabschnitt 31 in der Bismarckstraße (Charlottenburg) und im Polizeabschnitt 33 in der Perleberger Straße 61a (Tiergarten) erfolgten. Diese reichten von antisemitischen und rassistischen Beschimpfungen bis dahin, daß ausländische Menschen krankenhaushausreif geschlagen wurden.

Seit Jahren ist bekannt, daß sich im Polizeiapparat Rechtsextreme und Faschisten formieren. Bei vielen Flüchtlingen und ausländischen Menschen ist es eine konkrete Erfahrung und aus solchen eine gewonnene und weit verbreitete Erkenntnis, sich bei rassistischen Übergriffen nicht an die Polizei zu wenden. Denn zumindest eine mißachtende Behandlung ist eher die Regel als die Ausnahme.

Die jetzt publizierten Mißhandlungen sind nur denkbar, wenn in diesen Wa-

chen der entsprechenden Polizeiabschnitte ein ausgeprägter rassistischer Grundtenor besteht. Der Tagesspiegel vom 9.3.93 berichtet, daß „ein Beamter, der in einer Abteilung zur Verfolgung von Straftaten arbeitet“, bei geöffneter Tür in der Wache in der Perleberger Straße sehen konnte, wie auf einen ausländischen Menschen eingeschlagen wurde. Erst als er dann bemerkt wurde, haben die rassistischen Schläger in Uniform die Tür geschlossen. Gerade die bekanntgewordenen Fälle, die mit dem Polizeiabschnitt 33 in der Perleberger Straße in Verbindung stehen, machen es undenkbar, daß z.B. Vorgesetzte davon absolut keine Kenntnis haben. Diese Mißhandlungen sind nur durchführbar auf der Grundlage einer breiten Akzeptanz bzw. Einschüchterung gegenüber Beamten, die diesen menschenverachtenden Praktiken ablehnend gegenüberstehen. Die Reaktionen vom Innensenat bestätigen, daß dieser rassistische Grundkonsens bis in die oberste Führungsebene reicht: „Bisherige Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte haben... (sich) in keinem Fall bestätigt“ (Tagesspiegel v. 9.3.93). Innensenator Heckelmann (CDU) will „erst nach Abschluß der Ermittlungen konkrete Schritte einleiten“ (Berliner Zeitung v. 19.3.93). Stellungnahmen der für diese Polizeiab-

schnitte verantwortlichen Beamten sind bislang nicht bekannt. Also es liegt erstmal alles in weiter Ferne, die Entwicklung ist relativ absehbar. Läßt sich nicht alles vertuschen, so werden vielleicht einzelne Verfahren zur Anklage kommen. Die gesamte Dimension wird aber sicherlich nicht das Tageslicht erblicken.

Denn dies betrifft nicht nur die bekannt gewordenen Fälle von rassistischer Gewalt durch die Polizei, sondern betrifft alle Menschen, die auch von faschistischer Gewalt und diskriminierender Behandlung gesellschaftlich betroffen sind. Dies reicht von sexistischer Gewalt gegen Frauen und Diskriminierung von Schwulen oder Obdachlosen durch die Polizei, bis hin zu Prügelein-sätzen auf Demonstrationen. In den meisten Fällen bleiben die Opfer den Polizeibeamten hilflos ausgeliefert, da diese nicht zu identifizieren sind. Ermittlungen und entsprechende Verurteilungen sind im wesentlichen nur bekannt bei Fällen, wo die Einsatzkräfte ihresgleichen verdreschen. So wurde ein Beamter vor kurzem zu einer Geldstrafe von 4500 DM verurteilt, weil er einer Kollegin, die „szenetypisch gekleidet war“ (Berliner Zeitung v. 11.3.93) mit dem Schlagstock den Kopf demolirte. aus: Frontblatt Nr. 4/93 — (hga)

SPD-Einbürgerungsgesetzentwurf ist ein Fortschritt

Am Freitag den 23. April wird im Bundestag in erster Lesung ein Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur „Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme von Doppelstaatsangehörigkeit“ beraten. Wenn auch die SPD-Fraktion mit diesem Gesetzentwurf versucht, ihr erbärmliches Bild bei ihrer Zustimmung zu der verbrecherischen Asylpolitik der Regierungskoalition zu übertünchen, so ist er dennoch ein Fortschritt in der Diskussion um die Verbesserung der Rechtsstellung von ausländischen Staatsangehörigen und im Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Außerdem erhält das von den Grünen/Bündnis 90 initiierte „Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft“, für das eine Million Unterschriften gesammelt werden sollen, einen konkreten Bezugspunkt.

Das noch aus dem Jahre 1913 stammende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) soll so geändert werden, daß ein Kind durch die Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder selbst bereits in der BRD geboren ist und bestimmte Aufenthaltsrechtliche

Bedingungen erfüllt (siehe Dokumentation). Zwar beschränkt die SPD in ihrer unvergleichlich halbherzigen Art die Gültigkeit dieser Regelung auf die dritte Ausländergeneration, positiv und politisch bedeutsam aber ist, daß damit in der BRD erstmals das rassistische Abstammungsprinzip (ius sanguinis) durchbrochen wurde.

Der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigen kann von den Eltern des Kindes innerhalb eines Jahres nach der Geburt ausgeschlossen werden. Dies ist zwar wichtig, besser wäre es aber, wenn diese Option bis zum 18. Lebensjahr gelten würde und die Kinder dann selbst entscheiden könnten.

Für die zweite Ausländergeneration, das sind in der BRD geborene Kinder von aus dem Ausland eingewanderten ausländischen Staatsangehörigen, soll das Territorialprinzip (ius soli) nicht gelten. Sie sollen jetzt aber ebenso wie seit über acht Jahren hier lebende Ausländerinnen und Ausländer einen Einbürgerungsanspruch erhalten, d.h. sie können auf Antrag eingebürgert werden, wenn sie seit fünf Jahren (bisher 10) „rechtmäßig“ in der BRD leben, ihren

Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten können und keine Straftat begangen haben. Bisher geltende diskriminierende Bestimmungen wie der Nachweis einer „dauernden Hinwendung zum Deutschtum“ würden für diesen Personenkreis entfallen ebenso wie die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft. Kritisiert werden kann daran, daß nach wie vor soziale Voraussetzungen an die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft geknüpft werden.

Zusammenfassend enthält der SPD-Entwurf viele Unzulänglichkeiten, die im Sinne einer konsequent antirassistischen Politik nicht zufriedenstellend sein können, er stellt aber auf der anderen Seite einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Gesetzeslage dar, ohne daß ausländischen Staatsangehörigen dadurch andere Nachteile entstünden und bietet deshalb der Opposition gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung erstmals nach der negativen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Kommunalwahlrecht für Ausländer wieder einen Anhaltspunkt für den Widerstand dar. — (rac,jöd)



Foto: af/mz

In Auszügen dokumentiert:

Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 23. Juli 1913 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1142), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Durch die Geburt erwirbt ein Kind die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Dies gilt auch für nichteheliche Kinder.“

b) Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Durch die Geburt im Geltungsbereich dieses Gesetzes erwirbt das Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil im Geltungsbereich dieses Gesetzes geboren und im Zeitpunkt der Geburt des Kindes im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, einer Aufenthaltserlaubnis oder einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis-EG ist, Absatz 1, Satz 2 gilt entsprechend.“

(3) Besitzt das Kind im Falle des Absatz 2 außer der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit, kann der gesetzliche Vertreter innerhalb eines Jahres nach der Geburt des Kindes erklären, daß er für das Kind den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausschlägt. Die Ausschlagung hat die Wirkung, daß das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit nach Maßgabe des Absatzes 2 nicht erworben hat.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

2. § 8 erhält folgende Fassung:

„§ 8

(1) Ausländer können auf Antrag eingebürgert werden, wenn sie 1. seit fünf Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben,

2. den Lebensunterhalt für sich und ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten können und

3. nicht wegen einer Straftat verurteilt worden sind. § 88 des Ausländergesetzes gilt entsprechend.

Von den in Nummer 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen kann zur Vermeidung einer besonderen Härte oder aus Gründen des öffentlichen Interesses abgesehen werden.

(2) Ausländer, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres die Einbürgerung beantragen, sind einzubürgern, wenn ein Elternteil oder ein Sorgeberechtigter eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, eine Aufenthaltserlaubnis oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis-EG besitzt und das Kind mit diesem Elternteil oder Sorgeberechtigten seit fünf Jahren im Bundesgebiet in familiärer Gemeinschaft lebt. Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 gilt entsprechend.

(3) Ausländer, die seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben, sind auf Antrag einzubürgern, wenn sie

1. den Lebensunterhalt für sich und ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten können; von dieser Voraussetzung wird abgesehen, wenn die Ausländerin oder der Ausländer aus einem von ihr oder ihm nicht zu vertretenden Grunde den Lebensunterhalt nicht ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann.

2. Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 gilt entsprechend.

(4) Auf Antrag wird die Einbürgerung auf Kinder erstreckt, für die der oder dem Eingebürgerten allein oder zusammen mit dem Ehegatten die elterliche Sorge zusteht.“

3. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Ehegatten Deutscher, deren eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren besteht, sind auf Antrag einzubürgern, wenn 1. sie seit drei Jahren rechtmäßig ihren Aufenthalt im Bundesgebiet haben und

2. die Voraussetzungen von § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 vorliegen.“

4. § 38 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Gebühr für die Einbürgerung nach diesem Gesetz beträgt 500 Deutsche Mark. Sie ermäßigt sich für ein minderjähriges Kind, das keine eigenen Einkünfte im Sinne des Einkommenssteuergesetzes hat, auf 100 Deutsche Mark. Die Einbürgerung des nichtehelichen Kindes nach § 10 und die Einbürgerung von ehemaligen Deutschen, die durch Eheschließung mit einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, ist gebührenfrei. Von der Gebühr nach Satz 1 kann aus Gründen der Billigkeit oder des öffentlichen Interesses Gebührenermäßigung oder -befreiung gewährt werden.“

b) der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefaßt:

„(3) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die weiteren gebührenpflichtigen Tatbestände zu bestimmen und die Gebührensätze sowie die Auslagenersatzung zu regeln. Die Gebühr darf für die Entlassung 100 Deutsche Mark, für die Beibehaltungsgenehmigung 500 Deutsche Mark, für die Staatsangehörigkeitsurkunde und für sonstige Bescheinigungen 100 Deutsche Mark nicht übersteigen.“

Artikel 2

Änderung des Ausländergesetzes

Das Ausländergesetz vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354, 1356), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 (BGBl. I S. 1126), wird wie folgt geändert:

1. § 85 Nr. 1 wird aufgehoben.

2. § 86 Abs. 1 Nr. 1 wird aufgehoben.

3. § 87 wird aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 10. März 1993

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

I. Allgemeines

1. Grundlage des Parteienbeschlusses vom 6. Dezember 1992 ist die gemeinsame Einsicht, daß sich die Menschen in unserem Lande, die Städte und Gemeinden durch das Ausmaß der Zuwanderung überfordert sehen. Die Beseitigung der damit verbundenen politischen und sozialen Spannungen kann nicht alleine durch Mechanismen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung gelingen. Sie setzt vielmehr ergänzend eine Verbesserung der gesellschaftlichen Integration der auf Dauer hier lebender Ausländerinnen und Ausländer im Sinne einer vollen staatsbürgerlichen Gleichstellung voraus.

Kein Staat kann es auf Dauer hinnehmen, „daß ein zahlenmäßig bedeutender Teil der Bevölkerung über Generationen hinweg außerhalb der staatlichen Gemeinschaft und außerhalb der Loyalitätspflichten ihm gegenübersteht“ (Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur Fortentwicklung des Ausländerrechts vom 3. Oktober 1984 — Drucksache 10/2071). Es besteht daher ein beträchtliches öffentliches Interesse, dem betroffenen Personenkreis die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuerkennen. Auch wenn durch die damit verbundene vollständige rechtliche Gleichstellung die gewollte gesellschaftliche Akzeptanz nicht ohne weiteres erreicht werden kann, so ist sie doch ein unverzichtbarer Schritt zu dem von allen demokratischen Kräften im Interesse der Stabilität unserer Demokratie gewollten Abbau politischer und sozialer Spannungen. Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit kann nur dann dauerhaft der Boden entzogen werden, wenn die gesellschaftliche Integration der inländischen Ausländer die staatsangehörigkeitsrechtliche Seite einbezieht.

Es gilt daher, im sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Asyl- und Zuwanderungsdebatte nicht nur Zeichen guten Willens zu setzen, sondern im Vorgriff auf die beabsichtigte Staatsangehörigkeitsnovelle Regelungen zu schaffen, die möglichst weiten Teilen der ausländischen Bevölkerung den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ermöglichen.

2.1. Bereits auf der Grundlage des geltenden Rechts ist die Vermeidung von Mehrstaatigkeit die Ausnahme, wenn man alle Möglichkeiten des Staatsangehörigkeitserwerbs betrachtet:

— Dies gilt zunächst für alle Fälle des Staatsangehörigkeitserwerbs kraft Gesetzes. So erwerben alle Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, ohne Rücksicht darauf, daß ihnen — wie im Regelfall — auch der nichtdeutsche Elternteil seine ausländische Staatsangehörigkeit vermittelt; zur Größenordnung wird darauf hingewiesen, daß beispielsweise von 1981 bis 1990 in den alten Bundesländern 302 996 deutsch-ausländische Ehen geschlossen worden sind.

— Dies gilt auch für Fälle des Artikel 116 Abs. 1 GG, in denen die der deutschen Staatsangehörigkeit gleichgestellte Rechtsstellung als Deutsche allen aufgenommenen Aussiedlern ohne Rücksicht auf ihre regelmäßig fortbestehenden ausländische Staatsangehörigkeit verliehen wird, in dem oben genannten Zeitraum von 1981 bis 1990 sind 1 329 089 Aussiedler aufgenommen worden.

— Die Aufgabe oder der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit gehört bei allen Einbürgerungsansprüchen nicht zu den gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen. Dies betrifft beispielsweise die Regelungen zur staatsangehörigkeitsrechtlichen Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts oder zur Bewältigung anderer Folgen des Zweiten Weltkrieges; von 1981 bis 1990 sind bundesweit 326 214 Anspruchseinbürgerungen erfolgt.

— Selbst in den verbleibenden Fällen der Ermessenseinbürgerungen, die zahlenmäßig den geringsten Anteil am Staatsangehörigkeitserwerb darstellen, wird bereits nach geltendem Recht die Einbürgerung vielfach unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit vollzogen. Von den 152 530 Ermessenseinbürgerungen der Jahre 1981 bis 1990 sind 39 091 (25,63 %) unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit erfolgt.

2.2. Völker- und verfassungsrechtliche Hindernisse stehen einer Ausweitung der Staatsangehörigkeitserwerbstatbestände, die zu einer Hinnahme von Mehrstaatigkeit führen, nicht entgegen.

Bei diesem Ansatzpunkt ist es aus heutiger Sicht zur Wahrung des Demokratiegebots nicht nur verfassungsrechtlich unbedenklich, sondern auch verfassungspolitisch erwünscht, die Legitimationsbasis der Volkssouveränität um die ausländische Wohnbevölkerung zu erweitern. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit eines kommunalen Ausländerwahlrechts vom 31. Oktober 1990 (BVerfGE 83, S. 37, 52) die Vorstellung als zutreffend bewertet, daß es der demokratischen Idee, insbesondere dem in ihr enthaltenen Freiheitsgedanken, entspricht, eine Kongruenz zwischen den dauerhaften bestimmten staatlichen Herrschaft Unterworfenen und den Inhabern demokratischer politischer Rechte herzustellen. Das Gericht selbst hat dabei auf die Möglichkeiten des Gesetzgebers verwiesen, die Zusammensetzung des Staatsvolkes über das Staatsangehörigkeitsrecht zu beeinflussen und ausdrücklich den erleichterten Staatsangehörigkeitserwerb für dauerhaft im Inland niedergelassene Ausländer genannt.

3. Der Gesetzentwurf sieht auf dieser Grundlage vor, die schon nach bisherigem Recht privilegierten Personengruppen, bei denen von einem Daueraufenthalt und einer damit verbundenen pauschalen Integrationserwartung ausgegangen werden kann, von dem Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit auszunehmen. Es handelt sich dabei um die hier geborenen oder aufgewachsenen Angehörigen der zweiten Ausländergeneration (§ 8 Abs. 2 RuStAG und § 85 AuslG), die seit langem hier ansässigen Ausländer (§ 8 Abs. 3 RuStAG und § 86 AuslG) sowie die mit einem deutschen Ehegatten verheirateten Ausländerinnen und Ausländer (§ 9 RuStAG). Dabei wird § 9 RuStAG, der bisher höhere Anforderungen als § 86 Abs. 2 AuslG enthält, unter Angleichung an die dortige Voraussetzungen als Einbürgerungsanspruch ausgestaltet. Ebenso enthält § 86 Abs. 2 und 3 Rechtsansprüche. Bei der weiterhin zu erhaltenden Möglichkeit, nach Ermessen einzubürgern (§ 8 Abs. 1 RuStAG), wird das bisherige weite Verwaltungsermessen zugunsten klarer gesetzlicher Voraussetzungen zurückgedrängt.

4. ... Die für einen begrenzten Personenkreis beabsichtigte Ergänzung des bisherigen Abstammungsprinzips um das Territorialprinzip hat Vorbilder in zahlreichen europäischen Staaten (Frankreich, Niederlande, Spanien, Irland, Großbritannien). Sorgen um den Verzicht auf jegliche Integrationsnachweise sind unbegründet, da sich die Betroffenen regelmäßig schon auf Grund der abgeschlossenen Integration ihrer Eltern dem Wohnsitzland zugehörig fühlen; eine parallel vorhandene ausländische Staatsangehörigkeit wird nur formal bestehen und in aller Regel ineffektiv bleiben.

5. Ebenfalls im Rahmen der Staatsangehörigkeitsnovelle soll die im Parteienbeschluss vom 6. Dezember 1992 vereinbarte Einschränkung der Vererbbarkeit der deutschen Staatsangehörigkeit in den Fällen gelöst werden, in denen deutsche Mehrstaater ihre Beziehung zum deutschen Staatsgebiet aufgegeben haben. Die Durchbrechung des Abstammungsprinzips in diesem Fällen dient auch als Korrektiv für eine erweiterte Hinnahme von Mehrstaatigkeit beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Dieser Ausschluss von Staatsangehörigkeitserwerb muß im Zusammenhang mit der ebenfalls erforderlichen Neuregelung des § 25 RuStAG gesehen werden, der derzeit zu einem automatischen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führt, wenn ein Deutscher im Ausland auf Antrag eine fremde Staatsangehörigkeit erwirbt.

BWK Hamburg strebt Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft bei der PDS/LL an

I. Die Landesversammlung des BWK Hamburg strebt die Anerkennung des BWK Hamburg als Arbeitsgemeinschaft bei der PDS/LL Hamburg an.

Das Interesse, — die sozialen und politischen Bezüge aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

— die Kooperation mit anderen sozialistischen Richtungen zu entfalten.

— dabei sowohl ein Eigenleben zu pflegen, traditionelle Diskussions- und Arbeitszusammenhänge aufrechtzuerhalten wie zur Entwicklung neuer beizutragen,

kann nach ihrer Auffassung in der Form eines Vereins, der von der PDS/LL als AG anerkannt wird und einen Namen tragen könnte wie „BWK Hamburg e. V., AG bei der PDS/LL“, zur Geltung kommen.

Nach der Satzung des BWK kann die Bundesdelegiertenkonferenz die Rechte des Landesverbandes Hamburg des BWK auf einen solchen Verein übertragen.

II. Der Zweck des Vereins BWK, AG bei der PDS/LL, läßt sich so umreißen:

Die entwickelte bürgerliche Gesellschaft, die durch extreme ökonomische und gesellschaftliche Ungleichheit der Menschen gekennzeichnet ist, schließt große Bevölkerungsgruppen von der Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten faktisch aus, beraubt sie ihres Rechts auf Selbstbestimmung, entfremdet ihnen Arbeit, Arbeitsprodukte und Leben. Der BWK Hamburg setzt sich zum Ziel, die Gegenwehr des Proletariats und sein Streben nach Selbstbefreiung zu fördern und dazu beizutragen, daß Erkenntnisse und Zielvorstellungen, die aus der Kritik seiner Lage gewonnen werden, in die allgemeine Emanzipationsbewegung der werktätigen Klassen einfließen.

Dabei stützt er sich auf die Auffassungen, wie sie im „Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion“ gefaßt sind, und beteiligt sich an ihrer Weiterentwicklung.

Der BWK Hamburg tritt für die Überwindung der Zersplitterung der sozialistischen Linken bei Erhalt ihrer Vielfalt ein.

Er stellt fest, daß die PDS mit ihrem Programm, ihrem Statut und ihrer Politik die Kooperation verschiedener weltanschaulicher und sozialer Kräfte, die Träger sozialistischer Politik sind, ermöglicht. Er stellt fest, daß die PDS/LL die Mitwirkung solcher Interessen, denen sich der BWK verbunden fühlt, ermöglicht und will und daß er deshalb seine Ziele in organisatorischer Verbindung mit der PDS/LL, d. h. als Arbeitsgemeinschaft bei der PDS/LL, verfolgen kann.

Der BWK Hamburg ist der Auffassung, daß die Formulierung politischer Ziele gegenüber der öffentlichen Gewalt und gegenüber den Parlamenten Beiträge und gemeinsame Anstrengungen verschiedener Richtungen und sozialer Gruppen erfordert. Bei der Diskussion und Entwicklung einer solchen sozialistischen parlamentarischen Politik kommt der PDS eine große Bedeutung zu.

Der (BWK Hamburg) tritt deshalb in seiner Tätigkeit für die Zusammenarbeit innerhalb der PDS/LL und für die Entwicklung der PDS zu einer großen pluralistischen sozialistischen Partei ein.

III. Die Landesversammlung benennt eine Kommission aus fünf bis sieben Mitgliedern, darunter mindestens drei Mitgliedern des Landesvorstandes, die mit der PDS/LL in Verhandlungen tritt und sich dabei um die Klärung der in Pkt. 5 des Beschlusses der 13. o. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK genannten Fragen bemüht.

Sie beauftragt den Landesvorstand, die Mitglieder des BWK Hamburg über den Mitteilungsdienst zu informieren a) über Dokumente, über die mit der PDS/LL-Kommission Einigung erzielt wurde, b) über Probleme und Fragen, über die auch nach gründlicher Beratung gegebenenfalls keine Einigung erzielt werden konnte,

c) über mögliche Stellungnahmen von Mitgliedern oder Einheiten des BWK Hamburg und des BWK-Bundesvorstandes, sofern dies von den Betreffenden gewünscht wird; entsprechendes gilt für Stellungnahmen aus der PDS/LL.

Sie beauftragt den Landesvorstand, bei Vorliegen von entscheidungsfähigen Dokumenten oder aber ernststen Problemen eine Landesmitgliederversammlung einzuberufen, um einen breiten Diskussions-

und Entscheidungsprozeß sicherzustellen.

(Die Punkte I und II der vorstehenden Resolution wurden auf der Delegiertenkonferenz des BWK Hamburg am 2.4. mit großer Mehrheit gebilligt, Punkt III einstimmig beschlossen.)

Beschluß des Arbeitsausschusses der der PDS/Linke Liste Hamburg vom 5. 4. 93

1 Wir bekräftigen unsere Position, daß die PDS und ihre Mitglieder in einem behutsamen Prozeß der Annäherung zwischen Ost- und Westlinken, durch offenen und gründlichen Dialog und gemeinsame Aktionen an der Entwicklung linker Politik mitwirken sollte.

Angesichts der bedrohlichen Rechtsentwicklung, der Aufgabe alternativer Positionen in wesentlichen Teilen der Sozialdemokratie und der GRÜNEN halten wir hier besonders intensive Bemühungen für erforderlich. Daher sollten alle möglichen Schritte in Richtung auf einen gemeinsamen Diskussions- und Aktionsprozeß von Linken nachdrücklich unterstützt werden. Zumal die PDS in ihrer programmatischen Arbeit zu einem guten Zwischenergebnis gekommen ist und in zahlreichen Politikbereichen Ansätze entwickelt hat (z.B. Friedenspolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bildungs- und Europapolitik, Antirassismus).

2 Der Arbeitsausschuß der PDS/Linke Liste Hamburg begrüßt die durch die Landesversammlung des BWK Hamburg (Bund Westdeutscher Kommunisten) geäußerte Absicht, sich als „Arbeitsgemeinschaft bei der PDS/Linke Liste Hamburg“ zu konstituieren.

Die PDS/Linke Liste Hamburg bemüht sich seit geraumer Zeit, eine „Politik des offenen Dialogs“ zu entwickeln. In kritischer Aufarbeitung unserer eigenen Erfahrungen wissen wir, daß die Herausbildung einer neuen gesamtdeutschen linken und sozialistischen Formation nur im Ergebnis eines längeren Prozesses emanzipatorischer Politik und Diskussion auch unter Beteiligung unterschiedlichster Kräfte und Gruppen der Linken und Einzelpersonen möglich sein kann.

Im Rahmen eines solchen Prozesses, der in Ost- und Westdeutschland, auch resultierend aus der Vertiefung des Ost-West-

Widerspruchs, noch lange Zeit sehr unterschiedlich verlaufen wird, werden sich verschiedene soziale und politische Interessen artikulieren müssen.

Ein wesentliches Moment hierbei ist, daß sich die westdeutschen Landesverbände der PDS/Linke Liste, im Miteinander unterschiedlicher Traditionslinien und Erfahrungsebenen, vielfältig entwickeln.

Wir sind dafür, daß möglichst viele Gruppen der Linken in ein politisch-koperatives Verhältnis zur PDS treten.

Wir wünschen uns eine stärkere Zusammenarbeit in den praktischen Politikfeldern und ermuntern in diesem Zusammenhang auch die IGs und AGs zu eigenständigem Dialog und eigenständiger Bündnisarbeit in ihren Bereichen.

Die PDS hat mit der Verabschiedung ihres Statuts und der Verabschiedung ihres Parteiprogramms, der darin aufgenommenen Thesen zum Selbstverständnis praktisch eine Einladung an alle Linken in diesem Lande ausgesprochen, Anteil an einem neuen Diskussions- und Sammlungsprozeß zu nehmen. Dies, indem sie die Vertretung verschiedener Interessen und Meinungen nicht nur zuläßt, sondern einfordert, Arbeitsgemeinschaften und auch SympathisantInnen ein großes Maß an Mitarbeit und Rechten einräumt.

3 Wir wollen mit den Genossinnen und Genossen des BWK Hamburg zusammenarbeiten, wir wollen mit ihnen gemeinsam diskutieren, gemeinsam auch das Wahljahr 1994 vorbereiten. Und wir meinen gleichzeitig, daß, nach detaillierter Lösung einer Vielzahl noch offener organisatorischer Fragen, am Ende dieses Weges vielleicht eine Möglichkeit aufgezeigt werden kann, wie sich verschiedene Gruppen der Linken — ohne politische Selbstauflösung — in Bezug zur PDS setzen können, um damit auch Teil eines übergeordneten politischen Zusammenhangs zu werden.

Der BWK Hamburg vollzieht einen Schritt, der für seine eigene Organisation erhebliche Konsequenzen hat, wobei dieser im Ergebnis eines langandauernden Diskussionsprozesses um Grundfragen sozialistischer Programmatik und des Partei-selbstverständnisses nachzuvollziehen ist.

Dieser Schritt eröffnet aber zugleich eine Chance, auch mit anderen Gruppen, Parteien, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen ins Gespräch zu kommen, auch dann, wenn sich deren Interesse an der PDS zunächst einmal „nur“ auf gemeinsame Debatten, gemeinsame Aktion oder auch die gemeinsame Beantwortung wahlpolitischer Fragen bezieht.

4 Wir meinen, daß diese Diskussion auch im Zusammenhang mit dem kommenden Wahljahr 1994 geführt werden sollte, denn auch die Beantwortung wahlpolitischer Fragen sollte im Kontext eines breit angelegten Diskussionsprozesses erfolgen. Angesichts der bedrohlichen Rechtsentwicklung muß es unsere Aufgabe sein, wirksamere Formen des antirassistischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Protestes und des sozialen und ökologischen Widerstandes von unten zu entwickeln.

5 Nach dem Statut der PDS haben „Mitglieder und Gruppen der Partei das Recht, sich in regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen zu vereinigen, die sich auf der Basis von gemeinsamen spezifischen sozialen Interessen, bestimmten politischen Themen- und Tätigkeitsfeldern oder Weltanschauungen bilden“ (Abschnitt 7). In derartigen Zusammenschlüssen können sich auch SympathisantInnen engagieren (vgl. Abschnitt 5).

Trotzdem sind wir der Meinung, diese politische Frage auch zum Gegenstand umfassenderer Diskussion im eigenen Landesverband zu machen.

+ Der Arbeitsausschuß lädt daher für Sonnabend, den 8.5.93, 11.00 Uhr die nächste ordentliche Landesversammlung ein.

Die GenossInnen des BWK werden zu dieser Versammlung als Gäste eingeladen. + Zur Klärung von Detailfragen beauftragt der Arbeitsausschuß eine Kommission, die auch entsprechende Verhandlungen mit den GenossInnen des BWK führt.

Termine

24./25.4. Seminar zur Geschichte des FDGB. Referent Prof. Alfred Förster, bis 1990 an der Gewerkschaftshochschule des FDGB tätig. Themen: Aufarbeitung deutscher Geschichte, speziell Umgang mit der DDR-Geschichte, Behandlung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung in beiden deutschen Staaten, Geschichte des FDGB. Samstag, 10 Uhr, bis Sonntag gegen 14 Uhr, Stuttgart. Anmeldungen an: KAZ-Redaktion oder GNN-Verlag, jeweils Schwanthalerstr. 139, 8000 München 2.

Ende April Voraussichtlich 3. Lesung des neuen Asylrechtsartikels 16a im Grundgesetz im Bundestag.

8.5. Frühjahrstagung der GNN-Verlage, Jugendgästehaus, Köln.

9.5. Frühjahrskonferenz des Arbeitskreises Politische Berichte. Jugendgästehaus, Köln.

15./16.5. In Frankfurt/Main, im Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12, finden drei Tagungen statt. Sofern Unterbringung und Verpflegung gewünscht werden, ist eine umgehende Anmeldung (rok, Tel.: 07 11 / 62 56 72) erforderlich.

Ablauf der Tagungen:

1. Arbeitsgruppe der BWK-Delegiertenkonferenz „Entwicklung von Arbeits- und Verwertungsprozeß“. Diese Arbeitsgruppe der Frage nachgehen, inwieweit die aktuellen Veränderungen im Arbeitsprozeß („lean production“ u.a.) moderne Varianten traditioneller Rationalisierung sind und inwieweit sie neue Entwicklungen darstellen. Samstag, 15.5., 13—17 Uhr.

2. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Themen u.a.: Gewerkschaftliche Strategiediskussion, Tarifpolitik, Mitarbeit am Nachrichtenheft *Kritik und Widerstand*. Samstag, 18—20 Uhr, Sonntag, 8—11 Uhr.

3. Herausgeberkreis des Nachrichtenhefts Kritik und Widerstand — Erörterung der Erfahrungen mit dem neuen Nachrichtenheft, Redaktion und weitere Planung. Sonntag, 11—14 Uhr.

22.5. „West-Parteitag“ der PDS/Linke Liste in Bonn: Beratung von Delegierten aus den westlichen Landesverbänden über die Gründung eines Regionalverbandes PDS/Linke Liste.

Der PDS-Bundesvorstand schreibt in seiner Erklärung zu den Hessischen Kommunalwahlen: „Linke Bündnisse verschiedener Art konnten ebenfalls keine beachtlichen Ergebnisse (Hervorhebung, gst) erzielen. Hier spiegelt sich wider, daß solche Bündnisse zu unbekannt sind, und daß es ihnen bisher nur unzureichend gelingt, für die Menschen glaubwürdige Alternativen zu bieten.“ Es habe sich gezeigt, „daß viele Menschen „nützlich“ wählen wollen, d.h. Parteien, bei denen sie auch sicher sind, daß sie in ein Kommunalparlament einziehen.“ (aus: *Kommunalpolitisches Forum* Nr. 6/93)

Eine entsprechende Stellungnahme des Landesvorstandes der PDS Hessen ist uns nicht bekannt, wohl aber eine rege Publikationstätigkeit des Landesgeschäftsführers der PDS Hessen. In einem „Gastkommentar“ in der *Sozialistischen Zeitung* Nr. 5/93 der VSP schrieb Harry Grünberg z.B.: „Die linken Bündnisse, die an verschiedenen Orten kandidierten, waren nirgendwo in der Lage, als reale politische Alternative in der gegenwärtigen Situation in Erscheinung zu treten. Dort, wo an einigen Orten schon immer ein Potential existiert, das mehr über Personen als über Programme zusammengehalten wird, konnten Positionen gehalten werden.“ Zum mageren Frankfurter Ergebnis von ÖkoLinX mit den Spitzenkandidaten Jutta Dittfurth und Jakob Moneta heißt es: „Es muß festgehalten werden, daß auch mit einer anderen bündnispolitischen Konstruktion in Frankfurt kein besseres Ergebnis für eine Linkskandidatur zu erzielen gewesen wäre. Ein Bündnis, das aus den Resten verschiedener K-Gruppen mit der PDS/LL bestanden hätte, so wie dies der PDS angetragen wurde, hätte eher noch für ein Ergebnis unterhalb des jetzigen gesorgt.“

Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Die linken Bündnisse und die in der Regel offenen Listen der DKP erreichten in Hessen beachtliche Ergebnisse. Aus 18 Gemeinden sind uns Listen bekannt, die sich selbst als „linke Opposition“ einordneten. Die meisten entstanden mit Beteiligung der DKP oder kandidierten als offene DKP-Listen. Diese Bündnisse vertraten, wie aus ihren Programmen zu entnehmen ist, die Interessen der ärmeren Bevölkerung und richteten sich gegen reaktionäre Stadtpolitik und Faschisten. Daß diese Bündnisse „mehr über Personen als über Programme zusammengehalten“ werden, ist nicht nachvollziehbar, es sei denn,

Linke in Hessen — nicht nur erfolglos

Grünberg reflektiert mit dieser Behauptung die Notwendigkeit der Vertretung von Programmen durch Personen. Auffällig für den Zustand linker Politik in Hessen ist, daß keine Organisation, schon gar nicht die PDS, derzeit einen vollständigen Überblick hat. Hier unser Kenntnisstand vom 2.4.93 (in Klammern jeweils die DKP-Ergebnisse von 1989:

- „ÖkoLinX“ Frankfurt 1,2 % (DKP-Ergebnis 1989 0,7 %) bestes Ortsteilergebnis für „ÖkoLinX“ im Nordend 4,99 %, wo Jutta Dittfurth kandidierte
- „Die Rödelheimer“ Ortsteil Frankfurt/Rödelheim 10,9 %, 2 Sitze
- GAL Marburg 4,85 %/Marburger Linke 3,5 % (DKP 1989 5,8 %)
- „BUF“ (Bürgerinitiative Umwelt und Frieden) Ortsteil Gießen-Wieseck 21,5 %
- GAL Pohlheim 4,7 %, die GAL ist dort in fast allen Ortsteilen vertreten
- „Alternative Linke Liste Hessisch Lichtenau“ 10,6 %, (9,9 %), 4 Sitze,
- „Bunte Liste“ im Ortsteil Malsfeld 4,6 % (6,4 %)
- „Linke Bürger-Liste“ in Gersfeld 11,6 % (18,1 %), 4 Sitze,
- „Linke Bürger-Liste“ im Ortsteil Hettenhausen 33,35 %, 2 Sitze,
- „Linke Bürger-Liste“ im Ortsteil Dalherda 1 Sitz,
- „Demokratisches Bündnis“ im Ortsteil Wächtersbach-Wittgenborn 23,3 % (16,4 %), 1 Sitz,
- „Niemand“ in Offenbach 2,6 % (1,3 %).
- Rüsselsheim: „fNEP“ (für Nichtwähler, Erstwähler und Protestwähler) 5,3 %, 3 Sitze; „LISL“ 5,4 %, 3 Sitze; „PASCAL“ 0,9 %.
- „Arbeitskreis Umwelt und Frieden AUF“ im Ortsteil Mainz-Kastel 24,8 % (12,2 %), 3 Sitze.
- Offene Liste DKP Mörfelden-Walldorf 10,3 % (10,2 %), 5 Sitze, ein Magistratsmitglied.
- Offene Liste DKP Neuberg 7,1 % (11,2 %), 2 Sitze.

- DKP Langenselbold 8,8 % (15,4 %), 3 Sitze.
- DKP Dietzenbach 1,6 % (6,8 %) (hier war die ursprüngliche DKP-Fraktion vollständig ausgetreten).
- DKP Maintal 0,9 % (1,5 %).
- DKP Reinheim 9 % (9,6 %), 4 Sitze.
- DKP Ortsteil Reinheim 1 Sitz.
- DKP Ortsteil Überau 1 Sitz.

Wir haben hier nur die linken Gruppierungen berücksichtigt, die neben den GRÜNEN zur Kommunalwahl angetreten sind. An zahlreichen Orten war noch oder wieder eine Kooperation mit den GRÜNEN auf offenen oder gemeinsamen Listen möglich. Diese erreichten dann oft um die 20 % der Stimmen, so die GAL in Bischofsheim oder die Liste „WIR“ in Raunheim. Im Kreistag Bergstraße und in der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bensheim sind auf diese Weise je ein Mitglied der „Bergsträsser Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit“ vertreten.

ÖkoLinX erreichte in Frankfurt 3249 Stimmen (1,2 %). Die „Traumpaarung Gysi-Dittfurth“ sollte ursprünglich die 5 %-Hürde nehmen (vgl. Pressemitteilung in *Hessen Links*“, Informationsdienst der PDS Hessen, Nr. 5/92). Zum Vergleich: 1990 erzielte die PDS-Linke Liste in Frankfurt 2899 Stimmen, 1989 die kriegengeschüttelte DKP 2137 Stimmen. Letztere ist die bei weitem größte der von Grünberg genannten „K-Gruppen“, die der PDS ein Bündnis „angetragen“ haben.

Ob ein Bündnis mit der DKP mehr oder weniger Stimmen gebracht hätte, läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit aus dem Vergleich der 89er- und 93er-Ergebnisse erschließen: ÖkoLinX erreichte in den Vierteln der „Neuen Mittelklasse“ (Bockenheim, Westend, Nordend, Bornheim, Ostend, Sachsenhausen) 1727 ihrer 3249 Stimmen, die DKP erzielte hier 1989 nur 525 von 2137 Stimmen. In den Quartieren der Arbeiter und kleinen Angestellten, die sich wie ein Ring um den innerstädtischen Bereich schließen (Oberrad, Niederrad, westliche Stadtteile beiderseits des Mains, Niederursel, Heddernheim,

Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Seckbach und Fechenheim) kam die DKP 1989 auf 1100 Stimmen, ÖkoLinX 1993 nur auf 757 Stimmen. In den Stadtvierteln Gallus, Niederrad, Goldstein, Schwanheim, Heddernheim, Niederursel ist die DKP nach wie vor durch Stadteilzeitungen in mehreren tausend Auflage präsent. Man darf bei dieser Überlegung nicht nur die „Differenzstimmen“ auf Stadteilebene berücksichtigen. DKP und ÖkoLinX „beackerten“ auch innerhalb der Stadtteile unterschiedliche Wählerpotentiale, so daß die Schnittmenge gering ist. Klar ist, daß eine Kooperation dieser beiden Gruppierungen ein erhebliches Maß an Toleranz von beiden Seiten und die Akzeptanz eigenständiger Wahlpropaganda vorausgesetzt hätte. Dies war in Frankfurt nur von Seiten der DKP gegeben.

Der damalige Bundesgeschäftsführer und jetzige zweite Vorsitzende der PDS Gehrke hatte im Mai 1992 massiv in die bündnispolitischen Überlegungen der PDS Hessen eingegriffen: „Ein Bündnis (in Frankfurt, gst), das aus der Summe der diversen linken Gruppen besteht, mit einer gewissen Schlagseite hin zu einer Politik der roten Tische, wäre nicht nur eine politische Eingrenzung für die PDS, was die politischen Aussagen betrifft, sondern hätte wenig überregionale Ausstrahlung.“ (Gehrke auf einem Treffen am 22.5.92 in Frankfurt lt. *Hessen Links*“, Nr. 5/92). *Hessen Links* zog daraus die Schlußfolgerung: „Mittlerweile ist nach dem Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer klar, daß die vorgesehene Konstellation eines Bündnisses der PDS mit Jutta Dittfurth, im Hinblick auf die Europa- und Bundestagswahlen, die wohl ergiebigste Option darstellt.“

Nachdem die Ergebnisse dieser Politik jetzt überprüfbar sind, steht zu hoffen, daß Schluß ist mit einer Rechtfertigung von Fehlern der Vergangenheit. Die Ökologische Linke jedenfalls dürfte für ein Bündnis nicht mehr zur Verfügung stehen, nachdem 5 von 6 LandessprecherInnen und der ganze Kreisverband Marburg die Organisation verlassen haben.

Das Ergebnis der Linken bei den hessischen Kommunalwahlen gibt Grund für die Annahme, daß eine sozialistische Wahlpartei nur dann die für den Einzug im Bundestag notwendigen Stimmen im Westen erhält, wenn sie ihr antikapitalistisches Profil nicht in Konkurrenz sondern in Kooperation mit Grünen und linker SPD gegen reaktionäre Konzernpolitik entwickelt. — (gst)

»Die einzigen Werke heute, die zählen, sind die, welche keine Werke mehr sind.«
(Theodor W. Adorno)

Dialektik von Dissonanz und Demokratie — Zu einer notwendigen Komposition

Bevor der Komponist Arnold Schönberg während der Nazidiktatur in die Vereinigten Staaten emigrierte, habe es dort keine eigenständige und fortschrittliche Musikentwicklung gegeben. Mit ungefähr diesen dreizehn wie auch unwarhene Worten verfälschte ich in meinem Artikel über John Cage (*Politische Berichte* Nr. 19/92) das Bild der amerikanischen Musik gänzlich. Im folgenden soll die Möglichkeit für ein paar Richtige gestellt werden, indem eine Komponistengeneration vorgestellt wird, die mit beachtlichem gesellschaftlichen Engagement in den zwanziger bis vierziger Jahren in den Vereinigten Staaten das musikkulturelle Leben prägte.

Musik hat zunächst insofern eine lange Geschichte in Nordamerika, als daß musikalischer Ausdruck zum Bestandteil einer jeden Kultur gehört, so auch zu den Künsten der Indianer; allerdings hat deren Klangwelt bisher kaum Eingang in die herrschend-westliche Musikentwicklung gefunden, obwohl sie durchaus dem heutigen Stand der musikalischen Materialentwicklung entsprechen würden. Andererseits hatten die europäischen Siedler besseres zu tun, als sich um die Fortsetzung der abendländischen Musik zu kümmern.

Lediglich in dem begrenzten kulturellen Leben einiger religiöser Gemeinden entwickelte sich eine pragmatische und funktional ausgerichtete Kunst: künstlerische Produkte sollten als Gebrauchsgegenstände wie Möbel oder die Architektur in das alltägliche Leben eingehen. Bezüglich der Musik entwickelten sich spezifische Tänze, die bei religiösen Gemeinschaftsveranstaltungen zur Unterhaltung dienten. Am bekanntesten ist dabei wohl die Musik der Shaker¹ geworden, deren Melodien heute von minimal music-Komponisten wie John Adams wieder aufgegriffen werden. In der minimal music wird versucht, mit äußerst geringem Tonmaterial komplexe, rhythmische Klangmuster zu erzeugen; oftmals wird dabei auf einfachste Harmonien zurückgegriffen, die, endlos wiederholt, dem Zuhörer den Eindruck eines berausenden Erlebnisses garantieren sollen. Thematisch oszilliert diese Musik hauptsächlich zwischen religiösen Motiven (Phillip Glass' Oper *Echnaton*), mathematischen Spielereien (Glass' Oper „Einstein on the Beach“) und pseudo-politischen Monumentalwerken (Glass' Filmmusik „Koyaanisqatsi“, Adams „Nixon in China“); die engen Bezüge dieser Musik zur New-Age-Bewegung machen deutlich, wieso ausgerechnet auf die traditionelle, religiöse Shaker-Musik zurückgegriffen wird.

Eine eigenständige nordamerikanische Kunst entwickelte sich

mit der Gründung von Großstädten, maßgeblich auch unter dem Einfluß von Sozialisten wie William Morris, der gegen die Entfremdung durch industrielle Arbeit die Geschicklichkeit des Handwerks regelrecht mystifizierte und zur Führungsfigur in der „Arts and Crafts-Movement“ wurde, einer Handwerksbewegung, die dem Art Deco und dem frühen Bauhaus vergleichbar ist. Von der Musik, die um die Jahrhundertwende in Europa zu hören war, war die Musik in den Vereinigten Staaten noch weit entfernt. Der Jazz als Ausdruck der unterdrückten Afro-Amerikaner wurde noch nicht einmal in die kulturindustrielle Schlagermusik integriert; ein Komponist wie Charles Ives, der zeitgleich und unabhängig von Schönberg ein Modell freier Atonalität erarbeitete, war noch gänzlich unbekannt.

Genau aus diesem Fehlen einer „nationalen“ Kunst begannen sich die Komponisten um 1920 zu formieren und stellten die Frage nach den Ausdrucksformen einer amerikanischen Musik. Europa stand zu der Zeit unter dem musikalischen Dreigestirn der Schönberg-Schule, der sowjetischen Avantgarde, die in Dimitri Schostakowitsch ihren Meister fand, sowie der französischen Gruppe der „Les Six“, zu denen unter anderen Arthur Honegger, Darius Milhaud und Francis Poulenc gehörten.

Während Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton Webern sich um die konsequente Fortführung der Tonalität in die Dissonanz und Atonalität bemühten, die sowjetischen Komponisten das Erbe der bürgerlichen Klassik mit den Mitteln traditioneller und neuer Musik antraten, verfolgten die französischen Komponisten unter dem Einfluß Eric Saties die Idee der seriellen Musik weiter, sowie die neoklassizistische Musik Igor Strawinskys, so daß die Tendenz hier eher in dem Fortschritt der Klangverarbeitung und rhythmischer Elemente lag, denn in dem Interesse um die Begründung einer reinen Zwölftonmusik, oder der Vermittlung von Musik und Zuhörer.

Während der Jazz in den Vereinigten Staaten langsam in den Bestand der aufsteigenden Filmindustrie aufgesogen und zur Schlagermusik modelliert wurde, feierten Jazzbands sowohl in Paris wie auch in Moskau² große Erfolge: sowohl in den synkopischen Rhythmen wie auch in der Instrumentation (Schlagzeug, Saxophon, elektrische Gitarre) sah man die Möglichkeiten eines neuen musikalischen Ausdrucks; gleichzeitig stand der Jazz für die künstlerische Unabhängigkeit von den Akademien sowie für ein beschwingliches Lebensgefühl, daß die bürgerliche Klasse durch die Krise des Kapitalismus tanzen lassen sollte.

Mit 21 Jahren kam nun der 1900 geborene Komponist Aaron Copland nach Paris, um dort die Entwicklungen der europäischen Kunst zu studieren. Die Bekanntschaft mit Marcel Duchamp, Begeisterung für Marcel Proust, André Gide, Begegnung mit Georges Braque und schließlich die Musik von Strawinsky und Milhaud bestimmten nicht nur Coplands Entwicklung nachhaltig, sondern begründeten eine ganze Generation von amerikanischen Komponisten³. Nachdem Copland durch Aufenthalte in Berlin und Wien die Komponisten Kurt Weill, der zu der Zeit an der Dreigroschenoper arbeitete, Ernst Krenek und Alois Hába kennenlernte, beginnt er — wohlbererkt unter europäischen Eindrücken — darüber nachzudenken, ob der Jazz ein Weg zur amerikanischen klingenden Musik wäre. Copland beginnt seine Überlegungen aber noch als Avantgardist, dem es zunächst nur um die musikalische Entwicklung geht, noch nicht um das Publikum. Unabhängig davon legt Gershwin zu Lincolns Geburtstag 1924 seine bekannte „Rhapsody in Blue“ vor, die als erster amerikanischer Versuch gehört werden kann, sich dem Jazz zuzuwenden; zu sehr wurden Jazz-Elemente aber als bloßer Effekt benutzt, nicht als eigenständiges Material — Musik dieser Art ist von einem kompositorischen Individualismus geprägt, der mit der beliebigen Vielfalt von Ausdrucksmitteln die scheinbare demokratische Vielfalt einer gesellschaftlichen Ordnung widerspiegelt, die den Schwarzen längst nicht die Rechte zubilligt, die sich auf einmal in der Musik haben.

Gershwin hatte mit dem Jazz ein leichtes Spiel, weil dieser sich bisher nicht über Noten verbreitet hatte, sondern durch die Musiker in den Nachtclubs und Bars. Als weißer Komponist hat er die Musik sozusagen aus den Nachtclubs abgeschrieben und in die Konzerthallen gebracht. Als der Dirigent der Uraufführung, ein Weißer mit dem bezeichnenden Namen Paul Whiteman, zum „King of Jazz“ gekrönt wurde, war das Schicksal der Jazzmusik vorerst besiegt.

Aaron Copland bemühte sich in den Vereinigten Staaten, noch mehr Komponisten nach Paris zu Studieren zu bekommen. Roy Harris und Marc Blitzstein waren die nächsten, die, wie Copland selbst, bei Nadia Boulanger vom Strawinsky-Einfluß lernten. Bereichert um die Elemente der zeitgenössischen Musik kamen die jungen Komponisten in die Vereinigten Staaten zurück, um festzustellen, daß sie es dort viel schwerer als in Paris hatten, Gehör zu finden. Obwohl sie in fast allen nordamerikanischen Großstädten mit kleinen Aufführungsprogrammen ver-

treten waren, hatte des Amerika der kapitalistischen Krise besseres zu tun, als den neuesten musikalischen Moden aus Europa zu lauschen. Gleichsam wurde durch Rundfunk und Film auch das Gehör vollends okkupiert und auf die leicht verständlichen Takte der Tanzmusik abgerichtet.

Nur mit dieser Einsicht, daß der ökonomische Imperialismus auch die Wahrnehmungsformen des Menschen unterdrückt, dabei besonders die des Ohres, um eben zum Gehorsam zu zwingen, ist verständlich, wieso nach knapp einem Jahrhundert moderner Musik dem Menschen die einfachste Dissonanz noch immer schräg und unverdaulich ist; das Sinnesorgan des Kapitalismus ist das Auge, geschult, um die Traumwelt aus Reklame und Fernsehen anschaulich zu machen. Musik wird dem als Effekt unterlegt, wo sie auch schräg sein darf, um den Schrecken im Horrorfilm auszudrücken. Durch den Vorstoß der Kulturindustrie zeigten sich die Vereinigten Staaten sogar fortschrittlich⁴: Kunst wurde auf einen Maßstab der Austauschbarkeit und Verständlichkeit reduziert, daß ein jeder demokratisch daran teilnehmen konnte; die neue Technik tat das ihrige dazu.

Die moderne Musik steht dabei vor ökonomischen Problemen: der Künstler wird zum Angestellten und muß nach Marktesetzen, sprich nach Verwertbarkeit seiner Musik, produzieren. Für eigene, von Industrie und Akademien unabhängige Aufführungen, vor allem wenn es große Orchesterwerke sind, fehlen die Geldmittel. Kleine, private Kammermusikabende hingegen finden kaum ein größeres Publikum.

Als Copland nach einem zweiten Aufenthalt in Europa Anfang der 30er Jahre nach Amerika zurückkehrt, findet er eine veränderte Situation vor: der Flair der französischen Kultur, die Avantgarde und die wilden Parties waren verschwunden; die ökonomische Krise führte auch zu einer Krise des intellektuellen Bewußtseins: die sowjetische Kunst hielt Einzug, soziale Probleme wurden selbst in der Musik zum Thema gemacht.

Es schlossen sich zu dieser Zeit Musiker als ein sozialistisches „Composer Collective of New York“ zusammen, unter ihnen auch Hanns Eisler; Marc Blitzstein war Sekretär. Auch zum mexikanischen sozialistischen Komponisten Carlos Chávez gibt es Kontakte. Copland gewann 1934, obwohl er anders als Blitzstein nur mit sozialistischen Ideen sympathisierte, einen Wettbewerb des Kollektivs für das beste 1. Mai-Lied.

Inmitten der ökonomischen Krise schien die Musik auf einmal ihre Krise überwunden zu haben und eine Öffentlichkeit zu

gewinnen.

Maßgeblich war es Aaron Copland, der Anfang der 30er Jahre über das Mißverhältnis von Publikum und Komponist nachdachte: zu sehr sei die neue Musik zum Spezialistentum verkommen — eine Kritik, die Copland später gegen Alleatorik von Cage, gegen die konkrete Musik von Pierre Boulez und die elektronische Musik Karl-Heinz Stockhausens erneuert⁵. Eine realistische orientierte Musik scheint hier einen Ausweg zu bieten, und er unterstützt eine Zeitschrift das Programm von Blitzstein, welches sehr ähnlich zum Musikkonzept von Hanns Eisler ist. Die Musik soll sich danach in hauptsächlich vier Bereiche teilen:

1. Massenlieder;
2. Chormusik für professionellen und nicht-professionellen Chor;
3. Sololieder für Veranstaltungen;
4. Instrumentalwerke, die von der Tradition bewahren, was jetzt von der bürgerlichen Kultur bezwungen wird; die Lieder sollen zudem soziale Probleme thematisieren.

Tradition heißt in diesem Falle, daß endlich auch die Werke Charles Ives bekannter wurden, nicht zuletzt auch durch den Einfluß Coplands, indem vielfach Ives als Zitat in seinen Werken auftaucht. Auch benutzt Copland das Kompositionsverfahren von Ives, Volksmusik und klassische Themen verfremdet in der Komposition zu verwenden. Im Ballet „Hear Ye! Hear Ye!“ nutzt Copland eine verzerrte Version der Nationalhymne, um die Korruption des Rechtssystems darzustellen — Jimi Hendrix ist beim Woodstock-Festival mit der Hymne ähnlich verfahren, als er sie als Protest gegen den Vietnamkrieg in maschinengehehrten Klängen untergehen ließ. Am bekanntesten wird schließlich Coplands „Fanfare for the Common Man“, geschrieben für den „kleinen Mann in Einkommenssteuer-Zeiten“ 1942 als Auftragswerk. Mit Werken wie diesem wird Copland endgültig der Schostakowitsch Amerikas: nach dem Einsetzen der Kommunistenverfolgung flacht der politische Anspruch ab und Coplands Musik wird Ausdruck der amerikanischen Massendemokratie: statt den Elementen der neuen Musik beherrscht jetzt Neoromantik das Klangbild.

Daß die Musik um jeden Preis dem Hörer vermittelbar sein soll, führte im Falle der „Fanfare“ dazu, daß sie zur Titelmelodie für eine Fernsehserie wurde, bei Staatsanlässen gespielt und für Reklamezwecke verwendet wird.

Sowohl die Rolling Stones wie auch Emerson, Lake & Palmer haben Coplands Kompositionen in die Rockmusik eingeführt.

Und es stellt sich die Frage, ob es allein ausreicht, der Musik durch den Text einen politischen Inhalt zu geben.

Gerade die Musik sollte doch ihre materialgerechte Ausdrucksform bewahren; das Material ist aber zunächst Klang und Metrik. Rückschrittlich wäre ein Programm, welches zugunsten eines Textes in frühbürgerliche Harmonik zurückfällt. Zudem zeigt die sogenannte populäre Musik, wie wenig der sozial engagierte Text mit der sozialen Realität des Hörers und seinem Bewußtsein zu tun hat. Andererseits ist es einmal mehr Zeugnis der Krise der Kunst, daß Musik dort anfängt, dem gesellschaftlichen Zustand gemäß zu sein, wo die Gesellschaft aufhört, diese Musik zu verstehen.

— (rob)

(1) Shaker sind eine zumeist pietistische religiöse Gemeinschaft mit frühsozialistischen Vorstellungen. Die ehemaligen englischen Einwanderer verfolgten eine nicht-rationalistische, anti-intellektuelle Kunst, die direkte Kommunikation mit Gott ermöglichen sollte.

(2) Jazz wurde in der Sowjetunion durch den Besuch einer kleinen, schwarzen Jazzband in Moskau 1925 bekannt. Nach der anfänglichen Euphorie wurde der Jazz als bürgerlich verurteilt, um dann unter Stalin ab 1932 wiederbelebt zu werden; Mitte der 30er Jahre gab es schließlich eine sowjetische Staatsjazzband.

(3) Die Vielzahl der Namen, die hier unvermittelt auftauchen, sollen bloß verdeutlichen, in welchem Netz sich die intellektuelle und künstlerische Entwicklung zur damaligen Zeit vollzog.

(4) Adorno und Horkheimer drücken das so aus: „Der Glaube, die Barbarei der Kulturindustrie sei eine Folge des ‚cultural lag‘ (Kulturmanagements, Anm. R.B.), der Zurückgebliebenheit des amerikanischen Bewußtseins hinter dem Stand der Technik, ist ganz illusionär. Zurückgeblieben hinter der Tendenz zum Kulturmonopol war das vorfaschistische Europa.“ (Dialektik der Aufklärung, Ffm. 1988, S. 140)

(5) Zur Begriffserklärung: in der Alleatorik werden durch ein Würfelverfahren die Töne sowie deren Anordnung dem Zufall überlassen. Als konkrete Musik bezeichnet man Kompositionen, die mit „wirklichen“ Klängen — Straßengeräuschen, Maschinenlärm, Vogelstimmen — arbeiten. Die elektronische Musik bediente sich anfänglich einfacher Sinusgeneratoren, Radioempfänger und der Mikrofontechnik; heute sind es hauptsächlich Computer und Synthesizer, die die künstlichen Klänge erzeugen. Copland ab bei diesen Musikformen ebenso die Gefahr, daß der Komponist von der Technik beherrscht wird.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

8/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, W-1000 Berlin 62).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezahler aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Vertriebsstellen richten.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhilfs: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMA, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2
für Bezahler aus Ostdeutschland: GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz